ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN
62. (77.) JAHRGANG
MÄRZ/APRIL 2009

blz

SCHULE
Sekundarschule kommt

TITEL
Messung Schulqualität

KITA
Mehr Qualität erfordert neuen Tarifvertrag

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ... 3-5

TITEL

Qualität ist ein Prozess ... 6
Ein bunter Strauß *Sigrid Baumgardt* ... 7
Hier werden Sie geholfen! *Knut Langenbach/Christiane Thöne* ... 10
Der schöne Schein des Qualitätsmanagements *Peter Börtzler* ... 12

KITA & HORT

So sehen (die) Gewinner aus *Gabi Kelch* ... 14
Herr Wowereit, wir kommen *Christiane Weißhoff* ... 15
Ein neuer Tarifvertrag muss her *Christiane Weißhoff* ... 16

RECHT & TARIF

Ein toller Erfolg *Rose-Marie Seggelke* ... 18
Kurzmeldungen ... 19

SCHULE

Chance, Risiko oder gar Rettung *Marliese Seiler-Beck* ... 20
Die Sache mit dem Türschild *Thomas Isensee* ... 21
Teures Datensammeln *Peter Sinram* ... 22

GEWERKSCHAFT

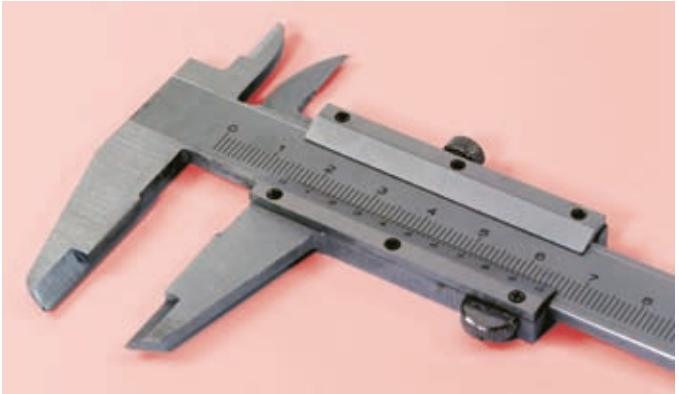
Schwule Emanzipationsarbeit *U. Höpfner/G. Mayus* ... 24
»John Rabe« Filmaufführung *AG Kultur* ... 26

TENDENZEN

Der Girls'Day – eine Erfolgsgeschichte *Bärbel Lange* ... 28
Pro Reli schadet sich selbst *Gerhard Weil* ... 29
Nein zum Pro-Reli-Gesetzentwurf *Monika Rebitzki* ... 29

SERVICE

Dolmetscher der kulturellen Bildung *Katrin Behrens* ... 30
Theater und Schule | Fortbildung | Materialien ... 31



6 TITEL Die Europäische Union kennt Güteklassen für Hühnereier – vergleichbare Instrumente für die Schulen stehen inzwischen auch bereit. Wir durchleuchten den Qualitätsdschungel.

14 KITA Kinder und ErzieherInnen zeigten beim Fotowettbewerb zu den Arbeitsbedingungen in den Kitas viel Kreativität. Soviel Einfallsreichtum würde den politisch Verantwortlichen in Berlin auch gut zu Gesicht stehen.

19 Schule Es wird heftig gestritten über die geplante Sekundarschule und den Zugang zum Extra-Universum Gymnasium. Die GEW diskutierte das Thema auf einer Veranstaltung, die schon vorab auf Kritik stieß.

TITEL: DIETER TONN, FOTO OBEN: IMAGO/IMAGEBROKER/SAURER, FOTO MITTE: PRIVAT, FOTO UNTEN: CHR. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

IMPRESSUM

Die blz ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Richarda Zeh, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. März/April 2009
Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207 3-4/2009: 22.000

LEUTE

Sabine Nacke, aktives GEW-Mitglied bei den Senioren in Lichtenberg, hat den Lichtenberger Preis »Für Demokratie und Zivilcourage« erhalten. Die 73-jährige arbeitet seit Jahren im bezirklichen Organisationsbündnis gegen Rechtsextremismus. Sie gehört zu den Initiatoren der Bürgerinitiative, die die Umbenennung des nach dem antifaschistischen Widerstandskämpfers Anton Saefkow benannten Platz in Waldemar-Pabst-Platz mit verhindert hat. Die NPD-Fraktion hatte in der BVV die Umbenennung des Platzes nach dem Organisator des Mordes an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beantragt.

Uwe Duske, mittlerweile 66 und pensioniert, hat es wieder in seine Schule gezogen: Für eineinhalb Wochen übernahm er im Februar an der Nikolaus-August-Otto-Hauptschule das Schülercafé und erteilte in Vertretung Arbeitslehre-Unterricht. Duske ist kein Einzelfall, denn weil Fachlehrer fehlen, werden immer häufiger pensionierte Lehrer eingesetzt. Aber auch auf anderen Wegen streben viele PädagogInnen wieder in die Schulen: Die GEW-Veranstaltung »Ehrenamtliche in der Schule« war mit über 50 TeilnehmerInnen jedenfalls sehr nachgefragt.

Walter Sickert ist im Februar 90 Jahre alt geworden. Der ehemalige Berliner DGB-Vorsitzende (1960 bis 1982) ist in der GEW BERLIN vor allem als Beton-Sickert bekannt, der den 1. Mai 1977 von der Straße in den Saal verlegt hatte, weswegen die damals ausgeschlossene GEW BERLIN eine eigene 1. Mai-Demonstration mit großem Erfolg organisierte. Die österreichische Politrock-Band »Schmetterlinge« rief auf der DGB-Saalfeier zur GEW-Demo auf – weswegen Sickert die Band jahrelang mit Auftrittsverboten verfolgte.

Christian Füller, taz-Journalist und Buchautor, spielt gerne Rambo. Zum Abgang des Bildungsstaatssekretärs Eckart Schlemm hatte er kurz vor Weihnachten noch mal voll zugelangt: Schlemm sei Opfer im »Guerillakampf mit nervösen bis bekloppten Eltern und einer, freundlich gesagt, indolenten Lehrerschaft«, ätzte er in der taz. Die Weihnachtszeit schlägt diesen Rambo-Typen eben immer voll aufs Gemüt.

FOTO: PRIVAT

Gymnasium: Hic salta!

(oder: Nu musste dir och bewegen, altes Haus!)

von Wolfgang Harnischfeger, Vereinigung Berliner SchuleiterInnen

Man wird vom Leiter eines Gymnasiums nicht erwarten, dass er zur Zeit für die Abschaffung dieses Schulzweigs plädiert, insofern sei der Redaktion für die Diskussionskultur gedankt, die mit der Überlassung dieser Rubrik zum Ausdruck kommt. Aber, um auch die GEW-Seele zu streicheln, will ich hier vorausschicken, dass ich mir eine Schule für alle durchaus vorstellen kann, wenn es keine, aber auch wirklich keine Ausnahme gibt, und dafür 24-er Frequenzen, Mensa- und Freizeiträume, eine Medienstation, Sozialarbeiter und ein in hohem Maße individualisiertes System, das auch Spitzenleistungen hervorbringt, inklusive der benötigten Lehrkräfte. Da die gesellschaftliche Machtverteilung eine derartige Umorientierung aber nicht hergibt, plädiere ich im Sinne der Zöllnerschen Vorschläge für die Beibehaltung des Gymnasiums, allerdings mit einschneidenden Veränderungen.

An erster Stelle steht für mich eine Neuordnung der Verweildauer und der Zugangsregelung. Das Gymnasium sollte, wie künftig alle anderen Schulen, eine Bleibegarantie bis zur 10. Klasse abgeben, also kein Abschulen mehr vorsehen, wodurch eine Probezeit überflüssig wird. Damit dies nicht zu einer eingebauten Niveausenkung führt, sind Mittel für die Einrichtung von Förderkursen und ein NC von 8 Notenpunkten für die Fächer Deutsch, Mathematik, Erste Fremdsprache und Naturwissenschaften bei der Aufnahme erforderlich. Die Schule regelt die Aufnahme auf der Basis ihres Programms selbst, und nicht wie bisher das FahrInfo der BVG. Eine andere Variante, die zur Zeit diskutiert wird, besteht in einer Aufnahmeprüfung für die Kinder, die über den acht Punkten liegen. Sie müsste aber wegen der Vergleichbarkeit für alle gleich sein, was genau diese Entsprechung zwischen Kind und Schule nicht herstellen würde.

Schnellläuferklassen sind angesichts der generellen Schulzeitverkürzung und der früheren Einschulung überflüssig geworden, und auch die grundständigen Züge an Gymnasien haben in Zeiten der Angleichung ihre Berechtigung verloren, denn sie stellen innerhalb des Gymnasiums noch einmal einen eigenen Schulzweig dar. Zur Traditionspflege genügen die bestehenden humanistischen Gymnasien.

Ein Ganztagsangebot sollte bei den begrenzten Mitteln ein Vorteil der integrierten Form bleiben. Dennoch brauchen auch die Gymnasien aufgrund der langen Tage eine Mensa mit Essensangebot, was bauliche Maßnahmen nach sich zieht, denn auch für diese Kinder gelten biologische Grundregeln.

Wenig praxistauglich ist der Vorschlag einer Sozialquote von 25 Prozent. Eine solche Maßnahme doktert am Symptom herum, sie würde lange Wege für alle schaffen, die guten Schulen schwächen und die schlechten nicht besser machen. Bildungsorientierte Eltern schicken ihre Kinder nicht von Steglitz nach Nordneukölln, und die nach sozialer Bedürftigkeit umgesiedelten Kinder würden eine ethnische und soziale Minderheit bilden und sich nicht integrieren, spätestens die erste Klassenfahrt würde dies zeigen. Auch die Linke muss zur Kenntnis nehmen, dass man das Gymnasium nicht ein bisschen abschaffen kann. Durchmischung erreicht man nicht durch Zwangsmaßnahmen, sondern durch ein verändertes Quartiersmanagement, das Umzüge überflüssig macht, oder durch spezielle Ressourcen, wie sie die Schulleiter aus Mitte jetzt fordern, (aber nicht über Umverteilung, lieber Erhard!).

Das Siegerfoto des Wettbewerbs »Findet die Fünf«, den die Fachgruppe Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung ihrer Forderung »Fünf Stunden mehr Qualität in meiner Kita« ausgeschrieben hatte. Bericht auf Seite 14.

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

Kleine Master beginnen kleines Referendariat

Erstmals haben im Februar 2009 32 LehramtsabsolventInnen mit dem neuen einjährigen Masterstudium (»kleiner Master«) das ebenfalls auf ein Jahr verkürzte Referendariat begonnen. Lediglich die künftigen Studienräte für die gymnasiale Oberstufe absolvieren noch einen Masterabschluss von zwei Jahren Dauer und wie bisher ein zweijähriges Referendariat. Diese »Zweiklassen-Ausbildung« ist von der GEW BERLIN noch einmal scharf kritisiert worden: »Die kürzere Ausbildungsdauer für die Klassenstufen 1 bis 10 ist durch nichts gerechtfertigt. Kein Mensch versteht, warum jemand, der in der Schulanfangsphase unterrichten soll, kürzer ausgebildet wird als Lehrkräfte in der Oberstufe«, erklärte die Berliner GEW-Vorsitzende Rose-Marie Seggelke und forderte einen Kurswechsel: Zweijähriges Masterstudium und anschließend ein gleich langes Referendariat für alle Lehrkräfte.

Mit dem Internet studiert es sich besser

Über 70 Prozent der deutschen Studierenden bewegen sich täglich zwischen einer und drei Stunden aktiv im Internet, ein knappes Viertel surft sogar vier bis sechs Stunden pro Tag. Dabei greifen die Studierenden unter verschiedenen Internetangeboten besonders häufig auf die Online-Enzyklopädie Wikipedia und auf sogenannte Social Communities wie StudiVZ, FaceBook, MySpace oder Xing zu. Zwar wird dort überwiegend mit Freunden kommuniziert, aber gut ein Drittel der Studierenden nutzt diese Wege auch für den Austausch über Studieninhalte. Das hat eine repräsentative Online-Umfrage herausgefunden, die im September und Oktober dieses Jahres unter mehr als 4.400 deutschen Studierenden durchgeführt worden ist. Weitere Informationen unter www.his.de

Aufbau-Prämien auch für Kitas und Schulen

Nicht nur den Berliner Schulen fließen beträchtliche Summen, immerhin 196 Millionen Euro, für deren Sanierung zu, sondern auch den Berliner Kindertagesstätten. Sie können in den kommenden zwei Jahren 84 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung verbauen. Wozu so eine Krise alles gut ist.

Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst

In Berlin bleibt die Tarifauseinandersetzung weitgehend unbemerkt, weil das Ergebnis für die große Mehrheit der Berliner Landesbediensteten nicht unmittelbar gültig ist. Aber es wird den Rahmen setzen für künftige Forderungen in Berlin, wenn es um die Wiederangleichung an das Niveau in den übrigen Bundesländern geht – das gilt selbstverständlich auch für die Beamtenbesoldung. Unmittelbare Auswirkung haben allerdings die gleichzeitig stattfindenden Verhandlungen zur Eingruppierung, da der TV-L bereits jetzt in Teilen in Berlin gilt. Informationen und Hintergrundmaterialien über alle Aspekte der Auseinandersetzung gibt es auf der Internetseite der Bundes-GEW: www.gew.de/Tarif-_und_Besoldungsrunde_2009.html.

Wer ist der Bund der Steuerzahler?

Immer wieder versucht der »Bund der Steuerzahler« (BdSt) sich als Anwalt der kleinen Leute und Kontrollinstanz gegenüber einem verschwenderischen Staat zu inszenieren, zum Beispiel mit seinem jährlich vorgestellten »Schwarzbuch«. Eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat den Verband jetzt genauer unter die Lupe genommen. Das Resümee von Lobbyismus-Forscher Rudolf Speth ist klar: Der Steuerzahlerbund ist nicht (mehr) das, was er vorgibt zu sein. Die Mitgliederzahlen sind seit 2001 um 25 Prozent abgestürzt, drei Viertel der Mitglieder sind Unternehmer oder Freiberufler. Außerdem hält Speth den politischen Ansatz des Steuerzahlerbundes für äußerst beschränkt. »Die Grundsatzbotschaft lautet schlicht: Der Staat soll schlank sein. Die Politik muss sparen«. Der Wert öffentlicher Güter und Aufgaben spielt in der Argumentation des BdSt ebenso wenig eine Rolle wie das Phänomen der Steuerflucht. Die Studie vom Juli 2008 zum Download: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_161.pdf

Referendare: Frühbucher-Aktion in Nordrhein-Westfalen

Mit einer »Frühbucher-Aktion« will das Schulministerium in NRW bereits fertige Referendare im Land halten. Sie können sich schon seit November 2008 auf Stellen bewerben, die im August 2009 zu besetzen sind. Entsprechend früh erhalten sie einen Bescheid über eine verbindliche Einstellungszusage. In Berlin ist das bisher undenkbar. Man kann sich zwar auch jetzt schon bewerben. Die Einstellungsverfahren zum Schuljahresbeginn Ende August werden aber wahrscheinlich wieder nicht vor Mai/Juni laufen.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Brandbrief aus Mitte keine Überraschung, *Februar-blz*

Als Bezirksbürgermeister von Mitte begrüße ich entschieden den Vorschlag, Mitte zum »Vorranggebiet Zukunftssicherung« zu erklären. Im Mittelpunkt der integrierten Strategie muss die Bildung in Kitas und Schulen stehen, auf der Verbesserung der Bildungschancen und der Bildungszukunft von Kindern und Jugendlichen muss der Fokus liegen. Die derzeitig in der Diskussion stehende Schulstrukturreform ist in diesem Sinne dringend mit der integrierten Strategie zu verknüpfen und nicht losgelöst von dieser zu betrachten und zu entwickeln. Wie ist die Ausgangssituation in Mitte? 64,8 Prozent der Kinder in Wedding sind arm (Sozialstrukturatlas). 69,5 Prozent der Kinder in Gesamtmitte hatten Sprachförderbedarf (Schuleingangstest Bärenstark 2007). In Mitte verlassen im berlinweiten Vergleich die meisten SchülerInnen ihre Schulen ohne Mittleren Schulabschluss. SchülerInnen in Mitte schwänzen im berlinweiten Vergleich am meisten den Unterricht. Die meisten Einwohner ohne Berufsabschluss im berlinweiten Vergleich leben in Mitte. Die Integrationsstadtteile in Mitte, Kreuzberg, Neukölln, Spandau und Marzahn-Hellersdorf müssen im Rahmen der Schulstrukturreform mehr Unterstützung bekommen. Dies ist eine zwingende Schlußfolgerung aus dem neuen Sozialmonitor für Berlin.

Angesichts der aktuellen Diskussion zur Schulstrukturreform fordere ich folgendes:

1. Die Klassenfrequenz in den Regionalschulen der Integrationsstadtteile muss maximal bei 22 liegen.
2. Die Zugangsbedingungen zu den Gymnasien dürfen nicht dazu führen, dass diese Schulform in den Integrationsstadtteilen stirbt. Schon jetzt verlassen rund 20 Prozent der Schüler den Bezirk Mitte beim Übergang zur Oberschule.
3. Wo Regionalschule drauf steht, muss Regionalschule drin sein. Neben den baulichen Voraussetzungen müssen die Schulen in den Integrationsstadtteilen bei der Erarbeitung und Umsetzung von pädagogischen Konzepten schon jetzt unterstützt werden. Der Prozess muss jetzt beginnen, damit er 2010 trägt.
4. Es muss Anreize geben, damit Lehrer und Junglehrer vor allem in Integrationsstadtteilen arbeiten.
5. Das Musterraumprogramm für Schulen in Integrationsstadtteilen muss zwingend angepasst werden.
6. Sprachförderung in Kita, Grundschule und Oberschule muss eine neue Qualität bekommen. Ohne verbindlichen Rahmenplan, Evaluation und Fortbildung der ErzieherInnenwird es nicht gehen.

Die soziale Segregation muss gestoppt werden. Chancengleichheit herstellen trotz sozialer Herkunft. Dies fordert eine integrative Strategie zur Zukunftssicherung. Zukunftskonferenzen können der erste Schritt sein, um Mittel und Konzepte zur Verfügung zu stellen.

Christian Hanke, Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte

»Denn Glaube allein versetzt keine Berge«, *Februar-blz*

In Sigrid Baumgardts Glosse »Denn Glaube allein versetzt keine Berge« fehlen grundsätzlich drei Aspekte:

1. Die christlichen Religionsgemeinschaften wollen die Kosten für ihre Lobby-Arbeit auf den Staat, d.h. auf jeden Steuerzahler abwälzen. Die Religionslehrer im Staatsdienst werden nicht mehr – auch nur teilweise – von den Kirchen bezahlt, sondern vom Staat, der dafür Kürzungen im Sozial- Kultur- und/oder Bildungsbereich vornehmen wird.
2. Die christlichen Gemeinschaften wollen keinen ökumenischen Religionsunterricht einführen, sondern sie wollen einen katholischen und einen evangelischen Unterricht – vom Staat protegiert und bezahlt – bekommen. Die Kehrseite dieser sektiererischen Haltung ist, dass auch andere Religionsgemeinschaften das Recht haben werden, ihre Religion in ihren besonderen Facetten in die Schulen zu bringen, z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Hindus, Buddhisten. Die Kosten für die Verwaltung, die Einführung (incl. Studium) und die Durchführung eines Schulfaches Religion würden ins Unüberschaubare steigen. Streit um Inhalte und Pfründe zwischen den Religionsgemeinschaften würde es – angesichts des einen, gemeinsamen Gottes – logischerweise nicht geben!
3. Die Aufnahme eines Schulfaches Religion mit zwei Unterrichtsstunden in der Woche in den Fächerkanon von Klasse 1 bis 12 bedeutet, dass das Stundensoll in anderen Fächern gekürzt werden muss, da den Schülern nicht zwei zusätzliche Schulstunden zugemutet werden können. So wurde in den letzten Jahren – ohne Protest von irgendeiner Seite – der Erdkunde- und der Musikunterricht im 8. Jahrgang der Gesamtschulen um eine Stunde auf eine Stunde gekürzt, weil zwei Stunden Ethik in die Stundentafel eingebaut werden mussten. Welche Fächer sind in der Primarstufe oder in der Oberstufe so unwichtig, dass man sie für Bibel- oder Koranunterricht zeitlich beschneiden dürfte?

Für Gedächtniskünstler und Nachbeter hätte das Fach Religion allerdings auch einen positiven Aspekt: das Anheben des Notendurchschnitts. Vielleicht würde sich der Berliner Schnitt auf die Weise sogar dem bayerischen Notendurchschnitt annähern.

Anne Schmidt

Siehe zum Thema auch Seite 29 dieser blz

ÜBRIGENS

Tja, so kann's gehen. Kaum 50 und ich halte mich an die Prophezeiungen all derer, die mich bei Schnee und Eis mit meinem Fahrrad schon öfter auf der Nase haben liegen sehen. Bei mir hat es die linke Schulter getroffen, trotz Profil und Luft unterm Reifen. Gerade deswegen mein Dank an die Redaktion und alle, die mich mit lieben Grüßen ins nächste halbe Jahrhundert geschickt haben. Die Redaktionssitzung am Folgeabend konnte zum Glück entspannt laufen, denn wir hatten auf jeden Fall genügend Artikel und (fast) alle waren da und zeigten Einsatz.

Gespannt sind wir nun schon seit Monaten, was aus der neuen Schulstruktur in Berlin werden soll. Etwas mehr Klarheit bringt vielleicht die Veranstaltung am 17. Februar 2009 in der GEW BERLIN. Bisher wissen wir nur, dass aus der angedachten Regionalschule die integrative Sekundarschule geworden ist, das Kernstück der Reform. Wir wollen den Prozess begleiten und wünschen uns dafür mutige Schreiberlinge aus den Regionen mit Vorortberichten.

sigrid

Redaktionsschluss blz 5/2009: 27. März 2009
Redaktionsschluss blz 6/2009: 4. Mai 2009

QUALITÄT IST EIN PROZESS

QUALITÄTSMESSUNG AN SCHULEN

EIN BUNTER STRAUSS

Die verschiedenen Bausteine der Qualitätsmessung an den Berliner Schulen

von Sigrid Baumgardt, blz Redaktion

Qualitätsmessungen beherrschen die Produktionsprozesse und Verwaltungsabläufe von Unternehmen: Produkte sollen besser und preiswerter hergestellt, Ressourcen sparsamer genutzt werden. Dieser Gedanke ist endgültig in der Schule angekommen, nicht zuletzt auch durch die Berichterstattung über die zahlreichen nationalen und internationalen Leistungsvergleiche. Aber was nützt den KollegInnen vor Ort diese Art der Dokumentation, was hilft sie auf dem Weg zur besseren Schulqualität? Das Schulgesetz von 2004, der »Handlungsrahmen Schulqualität«, Rahmenkonzeptionen wie »Stärken sichern, Entwicklung fördern – Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Berliner Schule« enthalten einen ganzen Strauß von Maßnahmen. Was davon bringt Erfolge? Wer hat welche Aufgabe? Ist das System gut vernetzt, funktioniert es oder bedarf es notwendiger Korrekturen? Der folgende Artikel soll zunächst einmal die verschiedenen Bausteine kurz – und kritisch – vorstellen.

Schülerleistungsmessungen

SchülerInnenkarrieren werden heute von zahlreichen Leistungsmessungen begleitet: Sprachstandsfeststellungen, Feststellung der Lernausgangslage, diverse Vergleichsarbeiten in Grundschule und Sekundarstufe, mittlerer Schulabschluss und Zentralabitur. Die Messungen sollen Auskunft geben über die Lernstandsentwicklung des/der Einzelnen innerhalb der Klasse, im Vergleich zum Jahrgang innerhalb und außerhalb der Schule, im Bezirk und auf Landesebene. Das könnte hilfreich sein für alle Beteiligten, für Lehrkräfte, Eltern und SchülerInnen. Aber werden sie auch so genutzt?

Betrachten wir die Vergleichsarbeiten. Die bedeuten für Lehrkräfte zunächst einen enormen zeitlichen Aufwand, der nur sinnvoll erscheint, wenn daraus etwas folgt. Dazu müssen die Ergebnisse in Jahrgangs- oder Fachkonferenzen besprochen, Stärke-Schwäche-Analysen vorgenommen und Folgerungen gezogen werden (ganz praktisch: die Anschaffung von besseren Unterrichtsmaterialien). Oder es könnte gezielte Fortbildung angeboten werden. Ein positives Beispiel sind die Sinus-Fortbildungen in Naturwissenschaften und Mathematik; hier nehmen die KollegInnen viel für die weitere Arbeit und damit auch mehr Arbeitszufriedenheit mit. Aber es bleibt dabei, auch der Tag einer Lehrkraft hat nur 24 Stunden und für Vergleiche über den eigenen engen Arbeitsbereich in der Schule bleiben maximal der Schulaufsicht und der Schulleitung genügend Zeit. Eine sinnvolle Ergänzung wären Handreichungen zur individuellen Diagnosebildung und Förderung mit Hilfe der Vergleichsarbeiten. »Nur die Verknüpfung von Messen, Diagnose und Förderung mündet für alle Beteiligten in einen akzeptierten und zukunftsweisenden Handlungszusammenhang.« (Ralf Schiweck, 2008)

FOTO: PRIVAT

Sigrid Baumgardt

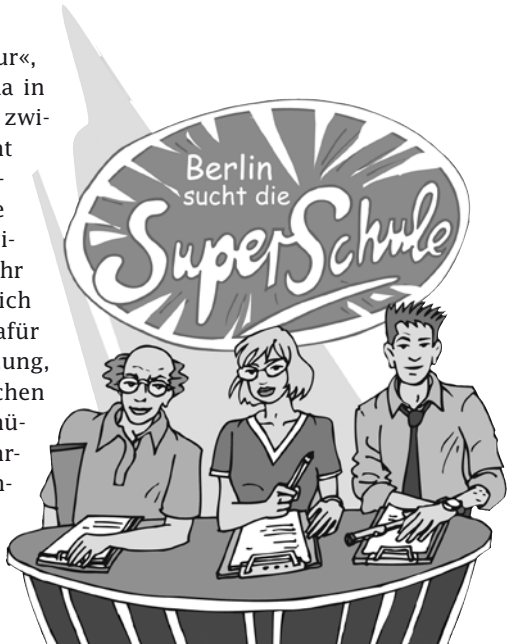
Handlungsrahmen Schulqualität

Der Handlungsrahmen ist nicht in Berlin entwickelt worden, sondern lehnt sich an ähnliche Modelle anderer Länder an; Berlin orientiert sich weitgehend an dem in Niedersachsen entwickelten Konzept. Er umfasst sechs Bereiche mit 25 Handlungsfeldern:

1. Ergebnisse der Schule
2. Lehr- und Lernkultur
3. Schulkultur
4. Schulmanagement
5. Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung
6. Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung

Davon sollen drei kurz vorgestellt werden:

Qualitätsbereich drei, »Schulstruktur«, hebt vor allem auf das soziale Klima in der Schule und in den Klassen und zwischen Schule und Eltern ab. Es geht um die »Schule als sozialer Ort«. Damit sind für die Erfüllung der Ziele weitgehend Schulleitung und Kollegium verantwortlich. Dass Schule mehr sein soll als Unterricht, wünschen sich auch die KollegInnen. Aber dafür braucht sie dringend Unterstützung, zum Beispiel von sozialpädagogischen Fachkräften. Und sie braucht genügend Ressourcen, auch bei der Lehrkräfteausstattung, um die berechtigten Erwartungen von Eltern und SchülerInnen erfüllen zu können.



Bereich vier, »Schulmanagement«, fokussiert sich auf das Handeln der Schulleitung. Hier läuft alles zusammen, und das bei einem aufgrund der gewachsenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten sich rapide ändernden Selbstverständnis. Auch wenn derzeit viele Qualifizierungsmaßnahmen für Schulleitungen angeboten werden, so muss man doch davon ausgehen, dass noch längst nicht alle sich auf den Weg gemacht haben. Die SchulleiterInnen selbst haben eine größere Freistellung für ihre gestiegenen Aufgaben erzielen können, StellvertreterInnen allerdings nicht. Und die Kolleginnen, die sich in erweiterten Schulleitungen oder Steuergruppen aktiv an Schulentwicklung beteiligen, machen das oftmals auf Rechnung ihres eigenen Zeitbudgets.

Der Bereich fünf mit »Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung« fordert Kollegium und Schulleitung gleichermaßen. Es geht um Arbeits- und Kommunikationskultur, um die Installation einer konstruktiven Gremienkultur, um Teamentwicklung. Dazu gehört auch Personaleinsatz und Personalentwicklung: Wer möchte oder benötigt eine Fortbildung? Wessen Fähigkeiten und Spezialkenntnisse werden nur unzureichend gewürdigt? Und das läuft wieder in Richtung Schulleitung.

Schulprogramm und interne Evaluation

Schwerpunkte und Profilbildung gab es schon immer. Aber der Zwang zur Entwicklung eines Schulprogramms hat unumkehrbar den Blick aller Beteiligten auf die eigene Schule gerichtet. »Kollegien müssen sich zusammenraufen, Erfahrungen austauschen und pädagogische Kontroversen austragen, noch einmal einen gemeinsamen Blick aufs Ganze werfen«, so Sigrid Egidi-Fritz, Schulrätin in Reinickendorf. In Einzelfällen sind die Programme am Schreibtisch der SchulleiterInnen entstanden; die meisten Schulen allerdings haben Steuerungsgruppen gebildet, Studientage gemacht, in den Gremien diskutiert. Damit steht der Rahmen fest für alle, die ihre Ideen einbringen wollen und so andere mitziehen. Gut ist auch, dass die Schule im Fokus steht und nicht die einzelne Lehrkraft.

Schulprogramme können Stärken nicht neu erfinden. Sie stehen auch aufgrund der Konkurrenzsituation von Schulen unter der Gefahr einer nur nach außen gerichteten Profilierung. Aber der Entwicklungsprozess ist angestoßen; die eigenen Ziele sind definiert, sei es die Verbesserung von SchülerInnenleistungen oder die Teamentwicklung. Der kontinuierliche Prozess der internen Evaluation bildet den »roten Faden« für die Fortschreibung.

Schulinspektion oder externe Evaluation

Die Schulinspektion orientiert sich am »Handlungsrahmen Schulqualität«. Sie soll mit dem »Blick von außen« größere Objektivität oder Neutralität in die Bewertung von Stärken und Schwächen bringen. Das Verfahren ist standardisiert; dazu gehören auch Ablauf und Auswertung der Unterrichtsbesuche und die Fragebögen und Interviews. Im Blick steht die gesamte Schule. Allerdings erleben die KollegInnen das anders, so die überwiegenden Erfahrungen. Besonders durch die nur 20-minütigen Unterrichtsbesuche ohne Rückmeldung fühlen sich viele eher überfallen und unangemessen betrachtet. Sicherlich lassen sich auch in 20 Minuten Aussagen über die Atmosphäre machen, aber einer Bewertung der Methodik kann man in dieser Zeit nicht gerecht werden. Die fachliche Betrachtung bleibt eh außen vor.

Der Inspektionsbericht wird in der Schulkonferenz vorgestellt. Der Idealfall sieht so aus, dass der Bericht dann in der Gesamtkonferenz besprochen wird und sich daraus neue Ziele und Schwerpunktsetzungen ergeben. Die fließen ein in eine zwischen Schulaufsicht und Schulleitung getroffene Zielvereinbarung zur weiteren Schulentwicklung. Schwierig wird es, wenn dieses Vorgehen so nicht stattfindet oder der Eindruck der Schulaufsicht sich nicht mit den Ergebnissen der Inspektion deckt. Was wird dann verhandelt und mit welchem Ziel?

Die bisherigen Rückmeldungen lassen den Schluss zu, dass der Blick von außen als Würdi-

gung der eigenen Arbeit gewertet wird. (»Endlich interessiert es jemanden, was wir hier machen!«) Es gibt kaum eine Schule, die nur negative Rückmeldungen bekommt. Die Anmerkungen zu den Defiziten stimmen oft mit der Selbsteinschätzung überein und erzeugen nur selten eine heftige Abwehrreaktion. Die Defizite werden in der Regel nicht als Schuldzuweisung verstanden, sondern zeigen auch systembedingte Schwachstellen. Wenn zum Beispiel an einem Gymnasium mit 32er Klassen das Fehlen von innerer Differenzierung bemängelt wird, lenkt das den Blick eher in Richtung der Lehrkräfteausstattung. Damit richten sich die Jahresberichte der Schulinspektion in hohem Maße auch an den Senator und seine Verwaltung.

Das Schulporträt

Das Schulporträt, eingeführt vor vier Jahren, war vor allem gedacht zur besseren Information von Eltern. Die Aussagekraft ist allerdings gering und oftmals geradezu irreführend. Da steht zum Beispiel ein Smiley mit traurigem Gesicht bei »Kunstunterricht«. Wenn die Schule allerdings keine/n Fachlehrer/in hat, ist das kaum ihre Schuld. Und darüber, ob und wie Kunstunterricht erteilt wird, sagt das Symbol nichts aus. In der Praxis spielen die Schulporträts kaum noch eine Rolle. Wer sich über eine Schule informieren will, geht in der Regel auf die Schul-Homepage, die aktueller und wesentlich informativer ist.

Die Schulaufsicht

Die Schulaufsicht hat die Erstellung von Beurteilungen und die Auswahl bei Einstellungen (und damit für die Personalentwicklung) an die Einzelschule abgegeben. Sie bleibt weiterhin für den Entwicklungsprozess verantwortlich; wesentliche Elemente sind dabei pädagogische Zielvereinbarungen, die regionale Übersicht über personelle Verteilung und Ausgleiche und die Begleitung von Besetzungsverfahren für Funktions- und Leitungsstellen. Bei Schulen, denen im Inspektionsbericht ein erheblicher Entwicklungsbedarf zugeschrieben wird, bleibt die Schulaufsicht verantwortlich für die Organisierung von Unterstützungsmaßnahmen. Auch hier wieder der Idealfall: Die Schulaufsicht soll ein neues Selbstverständnis entwickeln als eher fachlich beratende denn kontrollierende Instanz. Dafür wurde ein neues Qualitätshandbuch entwickelt. Und die Stärkung der Schulleitungen auf der anderen Seite ermöglicht eher eine Gesprächskultur »auf Augenhöhe«.

Unterstützung und Qualifizierung

Der Inspektionsbericht liegt vor, das Kollegium hat intensiv diskutiert, die Zielvereinbarung zwischen Schulleitung und Schulaufsicht ist abgeschlossen – und nun? Zwingend erforderlich wäre nun ein Angebot von Fortbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Aber das Netz ist hier noch nicht weit genug gespannt. Qualifizierungseinrichtungen wie »ProSchul« richten ihren Fokus größtenteils in Richtung Schulleitung. Ansonsten werden allgemeine Tipps zu Arbeits- und Zeitabläufen von Entwicklungsvorhaben gegeben, in Härtefällen Einzelmaßnahmen für Schulen und Kollegien angeboten oder auf schulinterne Fortbildung verwiesen. Aber der Perspektivwechsel ist noch nicht angekommen. Sinnvoll wäre es deshalb, wenn die Zielvereinbarungen gleich umfangreiche und auf den Inspektionsbericht abgestimmte Fortbildungsangebote vorsehen würden, sodass sich die KollegInnen nicht völlig auf sich selbst zurück geworfen sehen.

Das Institut für Schulqualität

Die wesentlichen Aufgaben des Instituts liegen bei Dokumentation und Statistik. Es bietet eher den Überbau zur vergleichenden Leistungsbewertung von SchülerInnen, entwickelt Tests und Diagnoseverfahren, betreibt im Rahmen von Bildungsmonitoring und -berichterstattung die statistische Aufbereitung von Zahlen und formuliert Bildungsstandards und Kompetenzanforderungen. Das hat seine Berechtigung, die zunächst von den Problemen der Einzelschule weit weg sind.

Und nun das Ganze

Qualität ist als Prozess und nicht als Zustand zu verstehen. Und dieser Prozess kann, banale Feststellung, nur mit den Beteiligten erfolgreich sein. Es gibt bestimmt viele Wege eine gute Schule zu machen, entscheidend dabei ist, dass die Menschen dies wollen und sich mit Überzeugung und Leidenschaft dafür einsetzen. Die Entwicklung von Teamstrukturen und von Arbeitsweisen, die erst im zweiten Schritt entlastend sind, Austausch und Kommunikation, kollegiale Entscheidungsfindungsprozesse – all das gewährleistet, dass die KollegInnen mitziehen. Da aber auch ihr Tag nur 24 Stunden hat, brauchen sie dringend eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung. Die Anforderungen an Lehrkräfte haben sich genau so erhöht wie die an Schulleitungen. Hier hat die Erkenntnis über die Arbeits- und Aufgabenverdichtung zur Entlastung geführt.

Viele der erläuterten Bausteine können zur Qualitätsverbesserung beitragen. Hinsehen und Dokumentieren sind nur die ersten Schritte.

HIER WERDEN SIE GEHOLFEN

Einige Hintergründe zu den Unterstützungsmaßnahmen für notleidende Schulen

von Knut Langenbach und Christiane Thöne

FOTO: PRIVAT

Christiane Thöne

FOTO: KAY HERSCHELMANN

Knut Langenbach

Bemerkenswert aufgeräumte Schulräume, gehäufte Dienstbesprechungen, genervte LehrerInnen und nervöse bis gereizte SchulleiterInnen – die Schulinspektion kommt. Inzwischen sind mehr als 200 Schulen inspiziert worden, der Ablauf ist fast allen KollegInnen entweder durch eigenes Erleben oder vom Erzählen bekannt. Wochen später wird dann der Schulkonferenz eine hübsche, bunte, recht allgemein gehaltene Powerpoint-Präsentation gezeigt. (In manchen Fällen sollen die KollegInnen zu diesen Erkenntnissen schon vorher und ohne Inspektion gekommen sein!) Möchte jetzt aber eine »einfache« Kollegin Einsicht in den detaillierten Bericht der Schulinspektion nehmen, so braucht sie die Erlaubnis der Schulleitung. Es soll SchulleiterInnen geben, die die Einsicht verwehren. Das ist zwar höchst befremdlich, lässt aber tiefe Schlüsse zu.

Es gibt darüber hinaus aber noch mehr Befremdliches. Was passiert denn nun mit den Schulen, die schlecht abgeschnitten und somit Nachholbedarf haben? Schulsenator Jürgen Zöllner teilt in einer Pressemitteilung zum Inspektionsbericht 2006/07 dazu mit:

»Schlussfolgerungen aus der Schulinspektion:

1. Die Bildungsverwaltung verstärkt die Qualitätsentwicklung in den Schulen durch
1.1 den Ausbau des ProSchul-Coachings,
1.2 Mentoren für neue Schulleiter,
1.3 den Ausbau von Profis-Fortbildungen
2. … und führt bewährte Unterstützungsmaßnahmen fort…«

Gehen wir einmal davon aus, dass eine Schule nicht so gut abgeschnitten hat. Das Kollegium will sich professionell helfen lassen und wendet sich an die angegebenen Unterstützer.

Unterstützung mit ProSchul

Das Internet weist eine eigene ProSchul-Seite aus, die mit genauen Informationen sehr zurückhaltend ist: Als Ansprechpartner wird ein Herr Wolfgang Linke genannt, der in der Beuthstr. 6-8, dem Sitz der Senatsverwaltung, arbeitet, die Amtsnummer 9026-5921 hat, aber auf der Intranetseite der Senatsverwaltung als Mitarbeiter nicht zu finden ist.

Weiter ist immer von »wir« die Rede. Man erfährt aber über dieses Kollektiv nur, dass es aus »sieben praxiserfahrenen Kollegen« besteht, die seit Mai 2006 »kontinuierlich von verschiedenen Unternehmensberatern (u.a. Roland Berger) ausgebildet« worden sind, nach dem Motto »Nichts motiviert stärker als Erfolg« arbeitet, den Schulen ein Coaching unter anderem zu so schönen Sachen wie Zielfinden, Mitarbeiterführung, Unterrichtsqualität und Prozessoptimierung anbietet und vom »damaligen Senator Böger unbürokratisch« organisiert wurde. Insgesamt ist das also eine handverlesene Truppe, nach völlig unklaren Kriterien (oder nach überhaupt keinen) ausgewählt. Auch über deren erfolgreiches Wirken liegen keine Berichte, z.B. einer externen Evaluation, vor.

In einem Referenzartikel von Susanne Vieth-Entus aus dem Tagesspiegel vom 26. September 2006 erfährt man, dass die Schulen, die sich an ProSchul wenden, aus Bausteinen auswählen können wie »Hilfe beim Benennen von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen«, »Optimierung von Zeit- und Arbeitsmanagement« und »Hilfe beim Kontakt zu Wirtschaftsunternehmen und kommunalen Einrichtungen«. Als Lehrkräfte mit zusammen deutlich über 50 Jahren Schul- und Unterrichtserfahrung gestatten wir uns hier einige Fragen:

- Sind Unternehmensberater von vorneherein die besseren Pädagogen?
- Gibt es keinen Unterschied zwischen der Führung eines Produktions- oder Distributionsbetriebs und einer Schule?
- Ist es erstrebenswert, die Zusammenarbeit zwischen dem Kollegium und der Schulleitung genauso zu organisieren wie zwischen der Geschäftsführung oder dem Vorstand eines Unternehmens und den dort abhängig Beschäftigten?
- Wie viele Schulen brauchen tatsächlich Unterstützung, um in Kontakt zu Wirtschaftsunternehmen und kommunalen Einrichtungen zu treten?

Mentoren für neue SchulleiterInnen

Dafür bietet sich doch sogleich »BildungsCent e.V.« an. Dieser 2003 auf Initiative der Herlitz PBS AG gegründete gemeinnützige (also steuerbegünstigte) Verein »versteht sich als Impulsgeber, der die Schulen bei der Umsetzung notwendiger Verän-

derungsprozesse unterstützt. (…) BildungsCent e.V. sieht sich als Plattform des gesellschaftlichen Engagements im Bildungsbereich. Neben dem Gründungsmitglied Herlitz unterstützen den Verein die EDEKA, KPMG, die CinemaxX AG, die Fritz-Landmann-Stiftung, Bayer, Microsoft, Pilotprojekt, Quent – PR Agentur und die ALBA AG.« Wir finden es ganz klar toll, dass die Berliner Wirtschaft von Abfall (wie ALBA) bis Lebensmitteln (wie EDEKA) sich Sorgen um die Bildung macht. Besonders schön ist aber für die Berliner Schulen, dass BildungsCent e.V. ein passendes Programm wie »Partners in Leadership« anbietet.

Einer Pressemeldung vom 22. März 2007 können wir entnehmen, worum es geht: »Wie verankere ich Teamarbeit in meinem Kollegium? Wie stelle ich meine Schule optimal in der Öffentlichkeit dar? (Das ist natürlich besonders wichtig! Die Verf.) Welche Instrumente der Personalentwicklung können im Schulsystem angewendet werden?« und so weiter. »Mit dem Programm ›Partners in Leadership‹ etabliert der BildungsCent e.V. gemeinsam mit dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG und anderen Partnern ein Angebot, das Schulen im Bereich Schulleitungshandeln unterstützt. Führungskräfte aus Unternehmen begleiten ehrenamtlich Schulleiterinnen und Schulleiter für einen begrenzten Zeitraum.« Wichtig dabei ist: »Teilnehmen kann jede Schule in Berlin und Brandenburg. Für die Teilnahme an diesem Projekt entstehen Ihnen keine Kosten.«

Das Projekt »Profis«

Hier handelt es sich um ein Angebot der »Stiftung der Deutschen Wirtschaft«. Sie stellt »in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung« den Kontakt zwischen Schulleitern und Managern her. »Zudem nehmen die Schulchefs an Fortbildungsseminaren zum Thema Management teil«, berichtet das »Handelsblatt« am 1. August 2008. Allerdings nicht ganz umsonst, denn die »Berliner Senatsbildungsverwaltung und die Europäische Union fördern das Projekt ›Profis‹ mit 126.000 Euro. In den letzten beiden Jahren haben 49 Berliner Schulleiter teilgenommen, im nächsten Schuljahr bekommen weitere 32 die Möglichkeit«. Offensichtlich ist auch Senator Zöllner davon überzeugt, dass man die SchulleiterInnen betriebswirtschaftlich als Manager qualifizieren müsse. Den pädagogischen Rest besorgt dann schon das Kollegium.

Was lernt uns das?

Wir gehen von dem grundsätzlichen Konsens aus, dass Schule in öffentlicher, das heißt staatlicher und damit parlamentarisch kontrollierter Verantwortung betrieben werden muss, weil es hier um die Realisierung eines Grundrechts der Menschen in unserem Lande geht. Zu einer staatlich gewährleisteten Bildung gehört natürlich auch der Kontakt zu und das Kennenlernen möglichst vieler gesellschaftlicher Bereiche wie Kultur, Wirtschaft, Justiz und so weiter. Und natürlich spricht nichts dagegen, sondern etliches dafür, dass SchulleiterInnen auch Management-Kenntnisse haben. Besieht man sich aber die Realität, wird man mit einer Entwicklung konfrontiert, die ganz anders strukturiert ist:

1. Das betriebswirtschaftliche Management mit jeweils den letzten oder vorletzten betriebswirtschaftlichen Moden ist offensichtlich unhinterfragt ein von der Politik akzeptiertes Modell auch von Schulentwicklung.
2. Gemeinnützige, das heißt steuerbegünstigte Stiftungen nehmen immer mehr Einfluss auf die Umstrukturierung des Schulwesens – um nicht zu sagen, sie übernehmen die Steuerung. Sicher gibt es große Unterschiede zwischen Stiftungen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung z.B. ist sicher ganz anders einzuschätzen als die Stiftung der deutschen Wirtschaft. Gemeinsam aber ist ihnen, dass sie keiner öffentlichen Kontrolle außer der des Finanzamts unterliegen. Wir können uns nicht so recht vorstellen, dass die gesellschaftlich-politischen Interessen der Stiftungsgeber jeweils völlig am Wirken der Stiftung vorbeigehen.

3. Zielrichtung der Qualitätssteigerung ist nur noch die Schulleitung. Das Kollegium ist kaum mehr im Blickfeld des Senators. Hier wird wieder die Weisungs-Befolgungs-Hierarchie eingeführt, die schon das preußische Unterrichtsministerium zugunsten der Kollegialorgane in der Schule abgeschafft hatte.

Man darf ja noch fragen dürfen!

Welche Kontakte und Kooperationsprojekte mit Stiftungen hat die Senatsverwaltung? Ist es sinnvoll oder doch eher blauäugig, von Wirtschaftsunternehmen die Verbesserung der PISA-Ergebnisse Berlins zu erwarten, statt in eigener staatlicher Anstrengung tätig zu werden. Und ganz nebenbei und zum Schluss: Welche Aufgabe hat eigentlich die Schulaufsicht im Zusammenhang mit Schulinspektion und Schulentwicklung?

DER SCHÖNE SCHEIN DES QUALITÄTSMANAGEMENTS

Vom virtuellen Kosmos der frisierten Projekte, Zahlen und Diagramme

von Peter Börtzler, stellvertretender Vorsitzender

FOTO: PRIVAT

Peter Börtzler

Beginnen wir mit zwei Zitaten zu demselben Sachverhalt. »Die Schulleitungen sind der Auffassung, dass sie zurzeit den vom Berliner Schulgesetz auferlegten Bildungsauftrag nicht mehr guten Gewissens erfüllen können. (...) Wir haben zu hohe Klassenfrequenzen, zu wenig Teilungsstunden, keine Zeiten für Beratung und Integrationsmaßnahmen für SchülerInnen mit besonderem Förderungsbedarf.« (»Brandbrief« der Schulleitungen des Bezirks Berlin-Mitte, Dezember 2008)

»Mit dem vorliegenden Heft lege ich Ihnen einen Bericht über die Ergebnisse aus 150 Schulinspektionen im Schuljahr 2006/2007 vor. Diese Ergebnisse bestätigen meine Überzeugung von der Qualität der Berliner Schulen. Es freut mich zu sehen, dass fast 80 Prozent der Schulen einen Großteil der hohen Anforderungen, die wir durch den Handlungsrahmen Schulqualität stellen, erfüllen. (...) Die Berliner Schule ist auf einem guten Weg.« (Vorwort von Senator Zöllner zum Bericht »Schulinspektionen im Schuljahr 2006/2007«, Juni 2008)

Das Paralleluniversum

Setzen die »Brandbriefe« nicht ein großes Fragezeichen hinter den Sinn der Bestandsaufnahme durch Inspektion? Führt diese Form der Evaluation nicht im Gegenteil »zu einem virtuellen Kosmos der frisierten Projekte, Zahlen und Diagramme, der mit der Wirklichkeit immer weniger zu tun hat« (Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung)? Die Kluft zwischen in Schulprogrammen und Evaluationskonzepten formulierten hehren Standards (z.B. »Gestaltung der Schule als Lebensraum«) und den Niederungen der schulischen Wirklichkeit (nicht mal die Reinigung, oft nicht mal die sanitären Einrichtungen sind ausreichend) ist für jeden seit langem ersichtlich.

Auch wenn der Bildungssenator immer wieder meint, anhand neuester Zahlen seinen virtuellen Schulkosmos als Realität präsentieren zu können, bietet sich den vor Ort Beschäftigten ein anderes Bild: Um überhaupt Unterricht in halbwegs erforderlichem Umfang gewährleisten zu können, werden zunächst alle pädagogisch sinnvollen »zusätzlichen« Leistungen gekürzt und dann ganz gestrichen: Teilungsunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht; in sogenannten »Nachsteuerungsverfahren« werden viel zu spät qualifizierte Lehrkräfte gesucht und nicht in ausreichendem Maß gefunden; kaum eine Schule kann ihren Bedarf mit ordentlich ausgebildeten KollegInnen decken; nie haben SchulleiterInnen so viel Zeit mit der Suche nach kurzfristig einzustellenden Hilfskräften zugebracht.

Rahmenbedingungen ausgeblendet

Was nützen Schulinspektionen, die die wesentlichen Bedingungen an den Schulen nicht betrachten? Wie würde man eine TÜV-Untersuchung bewerten, die nur darauf achtet, ob die Papiere in Ordnung sind, die Lenkung funktioniert und die Fahrerin oder der Fahrer in der Lage sind, das Fahrzeug zu rangieren? Die aber die Stabilität der Karosserie, die Kraftstoffversorgung des Motors, die Existenz von Reservereifen und Erster-Hilfe-Ausrüstung ignoriert?

»Auftrag der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Schülerinnen und Schüler zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln.« So formuliert das Berliner Schulgesetz den berechtigten Anspruch jedes Kindes und Jugendlichen auf eine umfassende individuelle Förderung. Eine banale Erkenntnis: Die dazu notwendige größere Aufmerksamkeit und Zuwendung kann dem einzelnen Kind / Jugendlichen nur in wesentlich kleineren Lerngruppen zuteil werden. Dies wissen alle aus Erfahrung: Es muss nur einmal (infolge eines religionsspezifischen Feiertags, einer speziellen Unternehmung, einer Grippeepidemie...) eine größere Anzahl von SchülerInnen fehlen und schon zeigt sich, wie gut man sich jeder/m einzelnen der Verbliebenen widmen kann, wenn es nur noch beispielsweise 15 statt 30 sind.

Wie geht Evaluation mit solchen Erkenntnissen um? Im Bericht zu den Schulinspektionen 2006/2007 heißt es: »Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich jedoch zwischen den durch die Lehrkräfte und weiteren pädagogischen MitarbeiterInnen geschaffenen unterrichtsbedingenden Fak-

toren und der Qualität der Unterrichtsprozesse. (...) Mit der Qualität der Unterrichtsbedingungen steigt auch die der Unterrichtsprozesse.« Von der Trivialität des letzten Satzes abgesehen: Die Verantwortung für die »Qualität der Unterrichtsbedingungen« wird hier allein den »Lehrkräften und weiteren pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern« zugewiesen – und die Verbesserung bleibt dementsprechend ihrer »Selbstwirksamkeit« (Handlungsrahmen Schulqualität) überlassen. Ist es Zufall, dass die Inspektion ein qualitatives Merkmal wie »Schulzufriedenheit« bisher weder im Hinblick auf die SchülerInnen noch auf die Eltern noch auf die Lehrkräfte und sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter evaluiert?

Lohnt sich der Aufwand?

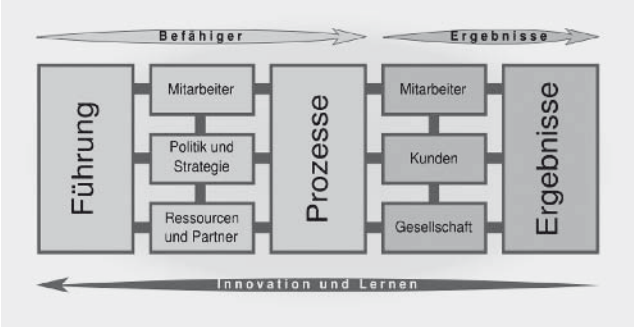
Die wuchernden Evaluationstätigkeiten im Rahmen des »Qualitätsmanagements« führen schon jetzt eher zu einer Verschlechterung statt zu einer Verbesserung der Bildungsqualität. Vorbereitung, Durchführung, Korrektur und statistische Erfassung von Vergleichsarbeiten, um nur ein Beispiel zu nennen, benötigen Zeit und entsprechende gedankliche Konzentration; sie verringern die für pädagogische Überlegungen und Tätigkeiten zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Die Inspektoren stehen als Lehrkräfte gar nicht oder nur noch reduziert zur Verfügung; die Personalausstattung der Schulen wird dadurch nicht befördert.

Steht der Evaluationsaufwand in einem vernünftigen Verhältnis zu den Ergebnissen? »Ein solcher Orgasmus an Konferenz- und Abstimmungsprozessen vernichtet Lehrerarbeitszeit für völlig unsinnige und banale Tätigkeiten und wird zu keinerlei Verbesserung der Qualität unseres Schulsystems führen«, so bewertet Prof. Rainer Dollase von der Universität Bielefeld in seiner Analyse »Wann ist Unterricht gut?« diesen »Irrweg zur Qualitätsverbesserung«. Und in »Die Zukunft der Erziehung« führt er aus: »Qualität wird nicht gesteigert durch Qualitätsverwaltung, sondern schlicht durch Menschen, die etwas können. Durch Festlegung von Zielen, Fristen und die Kontrolle der Einhaltung wird nur Pseudodruck erzeugt, aber noch kein einziges erzieherisches Problem gelöst. Um es kurz zu machen: Qualitätssicherung nutzt in kommunikativen Bereichen nichts. Aus folgenden Gründen: 1. Das Machen ist schwer, nicht die Formulierung von Standards. 2. Die Evaluation ist unmöglich oder so aufwendig, dass sie nie genutzt werden kann, um die Arbeit zu verbessern. Mit diesen beiden Argumenten ist sie erledigt.«

Die Ökonomisierung der Bildung

Worin liegt dann der Sinn der Sache? Antwort: Die Methoden des Qualitätsmanagements in der Schule (wie auch an den Hochschulen) sind Teil einer politischen Strategie: Die zielt darauf, Bildungseinrichtungen als Marktakteure zu behandeln und Staatsausgaben zu reduzieren. In der Privatwirtschaft entwickelte (und in vieler Hinsicht fragwürdige) Instrumente betriebswirtschaftlicher Steuerung werden auf den Bildungsbereich übertragen. Unter den Leitbegriffen von »Wettbewerb«, »Leistungsstandards«, »Effizienz«, »Kompetenzentwicklung«, »Ergebnisorientierung« wird die Ökonomisierung von Lern- und Erziehungsprozessen vorangetrieben.

Der Berliner Handlungsrahmen Schulqualität ist im Abgleich mit dem vor allem in der Wirtschaft verwendeten Qualitätsmodell EFQM (European Foundation for Quality-Management) entstanden. Zum Schluss daher auch wieder zwei Zitate zu demselben Sachverhalt. Sie illustrieren, wie hervorragend »Qualitätsmanagement« funktioniert und dass Paralleluniversen nicht nur im Schulsystem anzutreffen sind.



Das EFQM-Modell ist ein Qualitätsmanagement-System des Total Quality Management. Es wurde 1988 von der European Foundation for Quality Management (EFQM) entwickelt. Nach Schätzungen arbeiten 10.000 Unternehmen danach.

WIKIPEDIA

»Bereits zum zweiten Mal in Folge belegte die Deutsche Bank im Test ›Beste Bank‹ des Wirtschaftsmagazins EuroFINANZEN Platz 1 in der Kategorie ›Qualitätsmanagement‹. (...) Starke Angebote wie die Finanz- und Vermögensplanung auf der einen Seite kombiniert mit kompetenter Beratung und hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern auf der anderen Seite sind die Grundlage für lebensbegleitende Finanzlösungen im Bereich Privat- und Geschäftskunden der Deutschen Bank.« So stellt sich die deutsche Bank selbst auf ihrer Homepage dar (www.deutsche-bank.de). »Die Deutsche Bank verkündet, sie habe 4,8 Milliarden Euro verloren in den letzten drei Monaten des Vorjahres. Ein historisches Minus. (...) ›Die Finanzkrise hat eine neue Dimension erreicht‹, sagt Wolfgang Gerke, ein renommierter Finanzprofessor aus Nürnberg. Vor allem das Desaster bei der Deutschen Bank schockiert. ›Es ist erschreckend, wie groß die Lücke klafft zwischen Anspruch und Realität‹, meint Gerke.« (www.focus.de vom 14.01.2009)

SO SEHEN (DIE) GEWINNER AUS!

Preisverleihung des Fotowettbewerbs zu den Arbeitsbedingungen in den Kitas

von Gabi Kelch, Fachgruppe Kindertageseinrichtungen

In der Lernwerkstatt des Eigenbetriebs City trafen sich am 22. Januar über 50 Kinder mit ihren ErzieherInnen aus 5 + 1 Kindertagesstätte zur Preisverleihung für die besten Fotos des Wettbewerbs »Findet die 5«. Rund 150 Fotos aus 35 Kitas waren eingegangen, aus denen eine fünfköpfige Jury die Preisträger auswählte.

Die Kinder wussten zwar, dass sie einen Preis gewonnen hatten, aber mit welchem Bild und welchen Preis, dass wusste keines der Kinder. Die Neugier und die Spannung waren deshalb entsprechend groß, als es endlich an die Verkündung der Preise ging. Gabi Kelch, Monika Feis und Gaby Wrona aus der Fachgruppe Kindertageseinrichtungen nahmen die Preisverleihung vor und enthüllten die Siegerfotos, begleitet von den begeisterten Ausrufen der Kinder.

Den ersten Preis, eine Digitalkamera, erhielt die Kita Kowinoa. Den zweiten Preis, eine Kinderreporterausrüstung, ging an die Kita Silberstern. Je ein Buch mit CD mit dem Titel »Zahlen bitte!« des Kinderliedermachers Robert Metcalf erhielten die Preisträger auf den Plätzen 3 (Kita Jule Kirschkern) und 4 (Evangelische Kita Schmargendorf und Kindertagesstätte Wichern). Zusätzlich vergab die Jury einen Kreativpreis: einen Besuch in der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg mit Führung. Dieser ging an die Kindergruppe Kreuzberg.

Mit dem Fotowettbewerb »Findet die 5« hatte die Fachgruppe Kinder und ErzieherInnen aufgefordert, sich in der Stadt auf die Suche nach »Fünfen« zu begeben. Eingebettet ist diese Suche in die Kampagne »Soviel Zeit muss sein! Fünf Stunden für mehr Qualität in meiner Kita«, mit der unter anderem verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten mit Personalausgleich gefordert werden, um die Anforderungen des Berliner Bildungsprogramms umsetzen zu können.

Die Ausstellung, die an fünf Tagen in der Lernwerkstatt zu sehen war, zeigte, was die Kitagruppen in Berlin zum Thema gefunden haben. Und wo sie nichts gefunden haben, haben die Kinder mit ihren Körpern oder mit Gegenständen selbst die »5« gebildet.

So viel Einfallsreichtum wünschen wir uns auch von den politisch Verantwortlichen, wenn es darum geht, Möglichkeiten zu finden, wie für ErzieherInnen in den Berliner Kindertageseinrichtungen dauerhaft und mindestens fünf Stunden für Vor- und Nachbereitungszeiten bzw. mittelbare pädagogische Arbeitszeiten mit Personalausgleich geschaffen werden können.

Die Fachgruppe dankt allen beteiligten Kindertageseinrichtungen für ihre Teilnahme.

Die Fotos sind zur Zeit in der Geschäftsstelle in der Ahornstraße zu sehen und werden sicher noch häufiger in der Stadt an den verschiedensten Stellen präsentiert werden.

Und wir danken der Jury für Ihr Engagement und der Lernwerkstatt für die Möglichkeit, in ihren Räumen die Ausstellung zu präsentieren.

CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Herr Wowereit, wir kommen

Große Kita-Aktion für bessere Bedingungen in den Kitas vor dem Roten Rathaus im April

von Christiane Weißhoff, FG Kindertageseinrichtungen

Am 23. April wird sich der Regierende Bürgermeister Wowereit über den Trubel vor dem Roten Rathaus wundern. Viele ErzieherInnen werden mit ihren Kindergruppen vor das Rathaus ziehen und bessere Bedingungen für die Berliner Kitas fordern. Seit einem Jahr läuft unsere GEW-Kampagne »Soviel Zeit muss sein – 5 Stunden für mehr Qualität in meiner Kita«. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen und besonders die Personalausstattung in den Kindertagesstätten der freien und öffentlichen Träger zu verbessern. ErzieherInnen benötigen für die Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms mindestens 5 Stunden ihrer wöchentlichen Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung, Beobachtung und Dokumentation, Elternarbeit, Teamarbeit und Fortbildung.

Jetzt geht es los

Am Donnerstag, den 23. April 2009 um 10 Uhr laden wir im Rahmen unserer Kampagne alle ErzieherInnen mit ihren Kindergruppen, die Eltern und andere UnterstützerInnen ein, vor dem Roten Rathaus unseren Forderungen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen. Neben der Verkündung der Forderungen bieten wir ein unterhaltsames Programm unter anderem mit Ulf und Zwulf für Klein und Groß. Wir sammeln 5 Stunden in jeglicher Form und wollen diese dem Berliner Senat überreichen.

Wir hoffen, Ihr beteiligt Euch an dieser Kita-Aktion und zeigt, dass eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen zur Erfüllung des Bildungsauftrages dringend erforderlich ist. Diese Veranstaltung soll ein Höhepunkt im Rahmen unserer Kampagne werden. Bereits im Vorfeld der Kita-Aktion haben wir schon viele andere Aktivitäten durchgeführt. An unserem Fotowettbewerb »Findet die 5« nahmen viele Kitas teil. An unserer Postkartenaktion beteiligten sich über 3000 ErzieherInnen, Eltern und andere UnterstützerInnen. Die gesammelten Postkarten wurden am 30. Oktober 2008 durch eine kleine Abordnung von Kindern und Erzieherinnen einem Vertreter des Regierenden Bürgermeisters übergeben. Wir machten deutlich, dass ErzieherInnen zur Umsetzung des Berliner Bildungsprogramms auch die dafür notwendigen Zeiten erhalten müssen.

In einem Offenen Brief informierten wir im Oktober 2008 alle Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses über die Situation in den Kitas und forderten sie auf, sich für eine Verbesserung im Bereich der Kindertagesstätten einzusetzen. Als Reaktion erhielten wir vom Bündnis 90/Die Grünen eine Einladung zu einem Treffen. Im Gespräch wurden die Situation im Kitabereich und Realisierungsmöglichkeiten unserer Forderungen erörtert. Die CDU schrieb uns einen Brief, in dem sie ihre Position und ihre Aktivitäten erläuterte. Beide Parteien sehen dringenden Handlungsbedarf bezüglich der Rahmenbedingungen in den Kitas. Die GEW BERLIN hat den Senator für Inneres, Erhart Körting, aufgefordert, Tarifverhandlungen über Vor- und Nachbereitungszeiten/Qualifizierung aufzunehmen. Es ist davon auszugehen, dass ein erfolgreicher Tarifabschluss für die Kita-Eigenbetriebe auch positive Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der Kitas der freien Träger hat. Leider lehnt Erhart Körting solche Verhandlungen ab. Deshalb wird die Durchsetzung unserer Tarifforderungen von uns weitere zahlreiche Aktivitäten und großes Engagement erfordern.

Im Kampf nicht allein

Aber wir stehen nicht allein. Andere Initiativen wie das Berliner Kitabündnis und der Landeselternausschuss mit dem Volksbegehren setzen sich aktiv für Ver-

Begutachtung der Wettbewerbfotos durch die jungen PreisträgerInnen.

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

besserungen der Bedingungen in den Kitas ein. Durch zahlreiche Aktionen ist es uns gelungen, die Forderung nach Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Berliner Kindertagesstätten öffentlich zu machen. Unsere Forderungen sind gut begründet, niemand kann mehr ernsthaft die Notwendigkeit einer verbesserten Personalausstattung abstreiten. Auch bei den Regierungsparteien gibt es Befürworter unserer Forderungen. Noch aber haben wir unsere Ziele nicht erreicht. Wir müssen unsere Aktivitäten weiter verfolgen und verstärken. Dann können wir auch erfolgreich sein. Es lohnt sich, denn wir haben gute Chancen, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erreichen. Deshalb kommt am 23. April 2009 vor das Rote Rathaus und zeigt Wowereit und Körting was Ihr von der Politik des Senats haltet.

»Mal sehen, was die anderen Kitas eingereicht haben.« FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

Ein neuer Tarifvertrag muss her

Zu den Auseinandersetzungen über Qualifizierung, Vor- und Nachbereitungszeiten in den Kitas

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Christiane Weißhoff, Abteilung Kinder,- Jugendhilfe und Sozialarbeit

Die GEW BERLIN setzt sich seit Langem für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ErzieherInnen und eine bessere Personalausstattung in den Kindertagesstätten ein. Deshalb fordert die GEW einen Tarifvertrag über Vor- und Nachbereitungszeiten und Qualifizierung in den Kitas.

Um die in der Qualitätsentwicklungsvereinbarung (QVTAG) festgelegten Anforderungen erfüllen zu können, benötigen ErzieherInnen 23 Prozent ihrer Arbeitszeit für die mittelbare pädagogische Arbeit. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die von einer Arbeitsgruppe aus Liga-Wohlfahrtsverbänden, den Kita-Eigenbetrieben sowie dem Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden erarbeitet wurde. Zur mittelbaren pädagogischen Arbeit gehören alle notwendigen Tätigkeiten neben der direkten Arbeit mit den Kindern. Das sind außer der Vor- und Nachbereitung die Kooperation mit den Eltern, Qualitätsentwicklung und -sicherung, Qualifizierung, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen.

Die gestiegenen Qualitätsanforderungen an die Arbeit der ErzieherInnen können nicht mal so nebenbei umgesetzt werden. Wesentliche Voraussetzung dafür sind verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die erforderliche Qualifizierung der KollegInnen. Das ist mittlerweile anerkannt und wird auch von niemandem mehr ernsthaft bestritten.

Aus diesem Grund hat die Fachgruppe Tageseinrichtungen der GEW die Kampagne »Soviel Zeit muss sein! 5 Stunden für mehr Qualität in meiner Kita« gestartet. Es wurde das Berliner Kitabündnis gegründet und der Landeselternausschuss (LEAK) hat ein Volksbegehren initiiert. Alle diese Initiativen fordern eine bessere Personalausstattung der Kitas.

Keine Anerkennung

Der Berliner Senat hat das Volksbegehren des Landeselternausschusses abgelehnt, obwohl es viel mehr Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, als erforderlich waren. Eine Begründung des Senats (neben den finanzpolitischen Auswirkungen) für die Ablehnung des Volksbegehrens lautet: »...der Gesetzentwurf zur Änderung des § 11 KitaFöG noch in einem weiteren Punkt nicht zulässig erscheint, nämlich soweit die Vor- und Nachbereitung und die Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte festgelegt werden soll«. Hierbei handelt es sich um Regelungen, die üblicher Weise zwischen den Sozialpartnern tarifvertraglich geregelt werden. In Berlin wirkt insoweit der Tarifvertrag zur Regelung von Arbeitsbedingungen der Angestellten im Erziehungsdienst in den Kindertagesstätten des Landes Berlin vom 1. Oktober 1992 nach. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung ist ein unzulässiger Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie«

Der Tarifvertrag, auf den der Senat hier Bezug nimmt, ist der sogenannte »Mini-Tarifvertrag«. In ihm sind Vor- und Nachbereitungszeiten, Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung für ältere KollegInnen geregelt. Dieser Tarifvertrag (Kita-TV) enthält hinsichtlich der Vor-

und Nachbereitungszeiten nur ein geringes Volumen von zwei Stunden bei gleichzeitigem Vorrang für die Betreuungsarbeit. Deshalb wird er von den KollegInnen »Mini-Tarifvertrag« genannt. Nachdem die Gewerkschaften ihn 1995 gekündigt hatten, wurden Tarifverhandlungen aufgenommen mit dem Ziel, Verbesserungen zu erreichen. Das gelang nicht, denn der Senat hatte kein Interesse an einem neuen Tarifvertrag. Seit 1990, der Zeit des großen Kita-Streiks, argumentiert der Senat, dass ein Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen in das Haushaltsrecht des Parlaments eingreifen würde.

Der »Mini-Tarifvertrag« ist zwar seit vielen Jahren gekündigt, befindet sich aber in der »Nachwirkung«. Das bedeutet, dass KollegInnen, die in einem Kita-Eigenbetrieb arbeiten sowie bereits vor der Kündigung des Tarifvertrages 1995 eingestellt wurden und Gewerkschaftsmitglied sind, weiterhin Anspruch auf Regelungen aus diesem Tarifvertrag haben. Allerdings hat dieser tarifliche Anspruch wenig positive Auswirkungen, denn es gibt keinen Personalausgleich für die Vor- und Nachbereitungszeiten, außerdem hat der ›Betreuungsbedarf‹ Vorrang vor den Vor- und Nachbereitungszeiten.

Fachlich sind diese Regelungen nicht mehr vertretbar. Die Arbeit nach dem Berliner Bildungsprogramm ist verbindlich für alle KollegInnen. Das Bildungsprogramm lässt sich nicht umsetzen ohne eine Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Aktivitäten, der Beobachtung und Dokumentation, der Entwicklungsgespräche. All diese Tätigkeiten sind gleichberechtigter Bestandteil des Bildungsprogramms und nicht zweitrangig im Verhältnis zur direkten pädagogischen Arbeit. Die tarifliche Regelung muss den veränderten Aufgaben angepasst werden.

Der aktuelle Verhandlungsstand

Die GEW begrüßt es, dass der Senat nun offensichtlich unsere Auffassung teilt, die Regelung von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Zeiten für Fort- und Weiterbildung sei Sache der Tarifvertragsparteien. Deshalb hat die GEW den Senator für Inneres, Herrn Körting, aufgefordert, Tarifverhandlungen aufzunehmen über die Regelung von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Zeiten für Qualifizierung. Die GEW strebt über diese Tatbestände den Abschluss eines Tarifvertrages für die ErzieherInnen in den Kita-Eigenbetrieben an. Eine Tariffordernung an den Berliner Senat kann sich nur auf unmittelbar im öffentlichen Dienst Beschäftigte richten. Eine positive tarifliche Regelung dürfte aber auch Auswirkungen auf die bei freien Trägern beschäftigten ErzieherInnen durch eine Anpassung der Rahmenbedingungen haben. Körting hat in einem Schreiben vom 21.01.2009 der GEW mitgeteilt, dass eine tarifliche Regelungen der Arbeitsbedingungen nicht in Betracht kommt, da damit das Direktionsrecht des Landes Berlin in unvertretbarer Weise eingeschränkt würde. Die GEW ist darüber sehr verwundert, da im Senatsbeschluss zur Ablehnung des Volksbegehren des LEAKs die Auffassung vertreten wird, dass Regelungen von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Zeiten für Fort- und Weiterbildung Sache der Tarifvertragsparteien sei. Die GEW wird dies nicht hinnehmen und sich weiterhin für die berechtigten Forderungen einsetzen. Dafür braucht die GEW weiterhin Eure starke Unterstützung.

Spannender Augenblick: Gabi Kelch enthüllt die Siegerfotos.

FOTO: CHR. V. POLENTZ / TRANSITFOTO.DE

STELLENAUSSCHREIBUNG

1 Vorsitzende(r) & 1 Stellvertretende(r) Vorsitzende(r) der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur & Medien der GEW BERLIN (AJuM)

Wir suchen zum 1. April 2009

- eine(n) überdurchschnittlich engagierte(n) ErzieherIn oder LehrerIn
- die/der ein(e) begeisterte LeserIn ist
- bei aller Begeisterung kritisch liest
- und in der Lage ist, dies auch schriftlich zu formulieren
- jährlich an der Gesamtvorstandssitzung (im Mai '09 in Eisenach) teilnimmt
- unsere Datenbank www.ajum.de zu füttern hilft
- etwa zehn Mal im Jahr die Arbeitsgruppe einlädt, in der die Arbeit besprochen und jeweils Neuerscheinungen der letzten Zeit zu einem ausgesuchten Thema vorgestellt und besprochen werden
- neue Initiativen entwickeln hilft und diese auch den AGs in den anderen Bundesländern vorstellt
- und natürlich keinerlei Geld dafür bekommt

Wir bieten dafür

- ein gleichermaßen engagiertes, routiniertes und eingearbeitetes Team von einer Handvoll zuverlässig mitarbeitenden LehrerInnen & Erzieherinnen & Dozentinnen sowie ein gutes Dutzend weiterer Mitarbeiterinnen
- Hilfestellungen in allen Bereichen, rund um die Uhr
- An die 1000 Rezensionsexemplare pro Jahr von fast allen Verlagen für Neuerscheinungen der Bilderbücher für das erste Buch im Leben bis zu Sachbüchern und Belletristik für junge Erwachsene und ebensolche Hörbücher, die nach der Rezension den Schul- & sonstigen Bibliotheken zur Verfügung gestellt werden können.

Wir Bisherigen – Ute Wolters & Cassen Jan Harms – wollen einfach Platz machen für jüngere GEWler. Wir haben die Arbeit gern geleistet, wollen uns jetzt aber auf das Altenteil zurückziehen.
BewerberInnen sollten sich schriftlich unter cjharmsberlin@aol.com melden und zu einem Gespräch zu einem zu vereinbarenden Termin in der Geschäftsstelle der GEW Berlin oder an anderer Stelle bereit sein.

Ute Wolters & Cassen Jan Harms

Ein toller Erfolg?

Bis zu 1300 Euro mehr soll es in Berlin für angestellte Lehrkräfte geben

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Nach Jahren des Leugnens, dass Berlin mit seiner Gehalts- und Einstellungspolitik in einen hausgemachten Lehrermangel steuern würde, hat der Senat am 17. Februar mit seinem Beschluss zur Verbesserung der Einkommen der angestellten LehrerInnen anscheinend eine Kehrtwende vollzogen. Die GEW BERLIN begrüßt ausdrücklich, dass jetzt endlich für die nach dem 31. August 2008 eingestellten Lehrkräfte die eklatante Unterbezahlung beseitigt werden soll. Gefordert haben wir dieses bereits in den Tarifverhandlungen im vergangenen Jahr, damals wurde dieses Ansinnen noch rüde als völlig überzogen zurückgewiesen. Auch wenn es jetzt so aussieht, als würde der Regierende Bürgermeister wieder einmal nach dem Motto verfahren, was schert mich mein Geschwätz von gestern, so bleibt er sich doch an einem Punkt treu: Ich entscheide ganz allein und ohne diesen ganzen Mitbestimmungsschmus! Die zum gleichen Thema mit der Senatsverwaltung für Inneres vereinbarten Sondierungsgespräche zur Aufnahme von Tarifverhandlungen wurden auf Geheiß von Wowereit kurzfristig abgesagt.

So wurde jetzt ein Beschluss gefasst, der für mindestens die Hälfte der 6.500 angestellten Lehrkräfte keinerlei Verbesserung bedeutet: Alle, egal ob neu eingestellt oder »alte Hasen« werden ab dem 1. August 2009 in die Erfahrungsstufe 5 eingruppiert. Nach der Senatssitzung wurde der Presse mitgeteilt, dass Berlin seinen angestellten LehrerInnen bis zu 1.200 Euro brutto mehr zahlen wolle. Verschwiegen wurde, dass die meisten angestellten Lehrkräfte davon gar nicht oder nur gering profitieren. Lediglich neu eingestellte kommen in den Genuss einer Zulage in etwa dieser Höhe. Außerdem legen die inzwischen vorgelegten Pläne zur Erhöhung um bis zu zwei Stufen bzw. 400 Euro ab dem 1. Februar 2009 die Vermutung nahe, dass auch die Erhöhung bis zur Stufe 5 nicht für alle Lehrkräfte und auch nur befristet sowie jederzeit widerruflich gelten soll.

Die Boulevardpresse titelte am 18. Februar sinngemäß »Berliner Lehrkräfte kriegen 50 Prozent mehr Gehalt!« und brachte damit eine Neiddebatte ins Rollen. Andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes seien unzufrieden, untere Lohngruppen hätten kein Verständnis und die Beamten ärgere, dass nur angestellte Lehrkräfte mehr Geld bekommen sollen. Die Berliner Bevölkerung reagierte überwiegend positiv. Sie sieht die Notwendigkeit, junge Lehrkräfte in Berlin zu halten.

Der Kritik anderer Beschäftigtengruppen könnte man sachlich begegnen, wenn man nur wollte. Nur das für die Berliner Lehrkräfte geltende neue Tarifwerk TVL sieht vor, dass die Arbeitgeber bei der Zuordnung zu den Erfahrungsstufen einige Gestaltungsmöglichkeiten haben. Der BAT, der für alle anderen im öffentlichen Dienst Beschäftigten noch gilt, sieht diese Möglichkeit nicht vor. Deshalb müssen die Gewerkschaften jetzt mit Hochdruck daran arbeiten, dass zum 1. Januar 2010 der TVL den BAT ablöst. Zurzeit bereiten wir uns in der Tarifgemeinschaft auf Verhandlungen mit Innensenator Körting vor. Da es in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu Personalengpässen kommen wird, bei den ErzieherInnen gibt es sie bereits, könnte man die jetzige Senatsentscheidung auch als »Türöffner« für andere Beschäftigtengruppen betrachten.

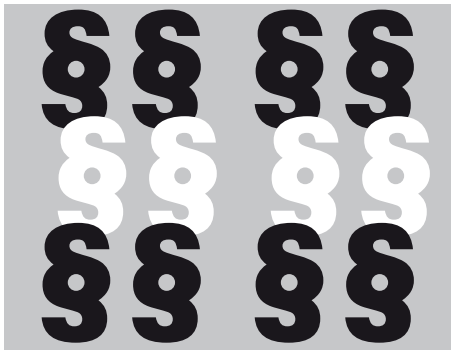
Die GEW BERLIN will nach wie vor eine vernünftige tarifliche Regelung und nicht einen mit der heißen Nadel gestrickten Gutsherrenakt.

AUSZÜGE AUS DER BRANDMAIL EINES ANGESTELLTEN LEHRERS

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Zöllner,
vielen Dank für die Demotivation. Ich bin angestellter Lehrer, 21 Jahre im Dienst, davon 16 Jahre an der Hauptschule und nunmehr seit einem halben Jahr an einer Schule mit Förderschwerpunkt Lernen tätig. Seit fast 10 Jahren warte ich auf eine Gehaltserhöhung. Nach den Streiks im vergangenen Jahr gewährten Sie und Ihre Kollegen gnädigerweise 65 Euro brutto. Nun steht Ihnen das Wasser bis zum Hals und der Nachwuchs fehlt. Also mal schnell in den Topf gefasst und 30 Millionen heraus gezaubert...Nicht dass ich meinen jungen Kollegen den Zuschlag nicht gönne... Dass meine Arbeit und Erfahrung in Brennpunktschulen jedoch gerade mal mit neun Euro Mehrvergütung honoriert wird, demotiviert mich sehr. ...
Für mich ziehe ich persönliche Konsequenzen: Ich werde meine Funktionen als Mitglied der erweiterten Schulleitung, der Steuergruppe, als Evaluationsberater und als IT-Verantwortlicher niederlegen. Ich unterrichte zukünftig auf dem Niveau eines Berufsanfängers und kann folglich diesen natürlich auch keinerlei Hilfestellung mehr leisten..... Also danke nochmals, ich habe die Schnauze voll.

Hochachtungsvoll
Peter Dohmke-Aleithe

Den vollständigen Text findet man unter www.gew-berlin.de/18470.htm



ERFOLG MACHT SCHÖN UND GLÜCKLICH

3 x Weihnachts- und 4 x Urlaubsgeld – ein erfreuliches Extra für alle angestellten Lehrkräfte, die den regelmäßig wiederholten Aufforderungen der GEW und der Personalräte gefolgt sind und ab 2004 ihre Ansprüche fristgerecht geltend gemacht haben.

Nachdem Berlin 2003 aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten war, wurde ab Sommer 2004 den neu eingestellten Lehrkräften per Arbeitsvertrag das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen. Obwohl ein tarifloser Zustand herrschte, legten Innen- und Schulverwaltung diese neue Entgeltregelung im Arbeitsvertrag dem Hauptpersonalrat nicht zur Mitbestimmung vor nach dem Motto »Mitbestimmung? Wir diktieren von oben, was uns passt!« Die GEW und der Hauptpersonalrat beschlossen daher, parallel die Gerichte zu bemühen: Mit dem Rechtsschutz der GEW klagte eine einzelne Kollegin beim Arbeitsgericht – am 15. April 2008 bestätigte das Bundesarbeitsgericht abschließend den Anspruch auf Zahlung der vorenthaltenen Vergütung. Der Hauptpersonalrat klagte beim Verwaltungsgericht wegen der Verletzung der Mitbestimmung – am 20. November 2008 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht abschließend, dass die Streichung der Zuwendungen ohne Mitbestimmung unwirksam ist. Wegen der langen Dauer solcher Verfahren sind die Ansprüche aus 2004 leider verjährt. Im Dezember 2008 hat die Schulverwaltung nach langem, zähem Drängen für das Jahr 2005 auf die Einrede der Verjährung verzichtet, die bereits organisierte Einleitung der Klageverfahren wurde deswegen abgesagt.

Und nun? Ist das Geld bei den Anspruchsberechtigten angekommen? Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann die Verfasserin diese Fragen leider nicht bejahen. Sicher ist, es muss gezahlt werden! Leider ist es aber wie üblich: Die Verwaltung ist ein schlechter Schuldner und ein säumiger Zahler! Mitglieder, die ihr Geld bei Erscheinen dieses Artikels immer noch nicht haben, melden sich bitte mit kurzer Nachricht (Mail oder Fax) bei der GEW.

Ingeborg Uesseler-Gothow,
Leiterin der Landesrechtsschutzstelle

WICHTIGER HINWEIS

Der Rechtsschutz prüft, ob für Mitglieder, die ihre Ansprüche trotz unserer Hinweise nicht geltend gemacht haben, für die Jahre 2006 bis 2008 noch Ansprüche durchgesetzt werden könnten. Um den Umfang der Betroffenen abschätzen und schnell Kontakt aufnehmen zu können, bitte umgehend eine Nachricht an die GEW schicken: uesseler-gothow@gew-berlin.de. Bitte nur folgende Infos senden: Name, Anschrift, Telefon, Stichwort *»Keine oder keine vollständige Geltendmachung von Ansprüchen auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld«*. Bitte keine telefonische Meldung o. Rückfrage! Sobald genauere Informationen möglich sind, werdet ihr persönlich angeschrieben.

KÜRZUNG DER VERSORGUNG WEGEN TEILZEIT UND BEURLAUBUNG

Nachdem im vergangenen Jahr nach dem EuGH und dem Bundesverwaltungsgericht auch das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass die Versorgungsabschläge wegen Teilzeit und Beurlaubung ab 1984 rechtswidrig waren, und zwar für den gesamten Zeitraum, werden diese nicht mehr berechnet. Strittig war aber, ob die Verwaltung verpflichtet ist, die schon berechneten und bestandskräftigen Versorgungsbescheide aufzuheben und ohne Abschlag neu festzusetzen. Innensenator Körting hat für Berlin entschieden, dass ab Antragstellung für die Zukunft neu berechnet wird. Damit unterscheidet er sich positiv von einigen seiner Kollegen – man muss auch mal ein bisschen loben können.

Die Landesrechtsschutzstelle der GEW hat schon im Herbst 2004 (nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts) alle betroffenen pensionierten Mitglieder aufgefordert, eine Neufestsetzung der Versorgung zu verlangen. Wiederholt haben wir diese Aktion nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2008. Demnächst müssten alle Betroffenen eine Neuberechnung entweder ab Antragsdatum aus 2004 oder aus 2008 mit entsprechender Nachzahlung erhalten. Nachfragen dazu bitte an das Landesverwaltungsamt richten, die GEW ist zum Bearbeitungsstand nicht auskunftsfähig.

Dringende Bitte: Alle, die eine Neuberechnung erhalten, melden sich bitte beim Rechtsschutz, damit wir die noch offene Vorgänge abschließen können.

Ingeborg Uesseler-Gothow,

SESB-LEHRKRÄFTE: HÖHERE VERGÜTUNG GELTEND MACHEN

Durch eine Änderung im Lehrerbildungsgesetz besteht die Chance, dass muttersprachliche Lehrkräfte an einer Staatlichen Europaschule Berlin (SESB) besser als bisher bezahlt werden und endlich an die Vergütung der Lehrkräftemit Berliner Lehramtsbefähigung angeglichen werden. Dies gilt allerdings nur, wenn die SESB-Lehrkräfte ausschließlich muttersprachlichen Unterricht erteilen, eine mindestens sechssemestrige Hochschulausbildung haben sowie eine Lehramtsbefähigung nach dem Recht ihres Staates. Da die Ausführungsvorschriften der Innenverwaltung unklar sind bezüglich der Umsetzung und der Vergütungsgruppen, verhandelt der Hauptpersonalrat noch. Dennoch sollten alle angestellten muttersprachlichen Lehrkräfte bis spätestens Mitte März 2009 einen Antrag an ihre Personalstelle stellen, in dem sie eine höhere Vergütung geltend machen. Ein solcher Antrag ist beim Personalrat Neukölln in der Boddinstraße erhältlich, dort werden auch weitere Fragen beantwortet.

Nicole Popitz

SCHULGELD IST KEIN EINKOMMEN

Das von einem getrenntlebenden Elternteil bezahlte Schulgeld für eine Privatschule darf bei der Bewilligung von Hartz IV nicht als Einkommen gewertet werden. Das Sozialgericht Speyer widersprach damit der Hartz-IV-Behörde, die der Mutter deswegen die Hartz-IV-Leistungen kürzte. Der Vater überweise das Schulgeld direkt an die Schule, deshalb sei es weder »theoretisch noch praktisch vorstellbar«, dass dieses Geld für den Lebensunterhalt der Kinder verwendet werden könne, erklärte das Gericht laut dpa.

Chance, Risiko oder gar Rettung

Ein Bericht zur Veranstaltung «Sekundarschule – Segen oder Sackgasse«

FOTO: TRANSIT/C. V. POLENTZ

von Marliese Seiler-Beck, Leiterin Referat Bildungspolitik

Moderiert von Rose-Marie Seggelke diskutierten am 17. Februar im GEW-Haus SchulleiterInnen und Siegfried Arnz von der Senatsbildungsverwaltung die neue Berliner Schulstruktur und ihre Auswirkungen auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Seggelke bedauerte zu Anfang, dass der Politik der Mut gefehlt habe, eine tatsächliche Strukturreform hin zu »Einer Schule für alle« umzusetzen. Sie betonte aber, dass die GEW BERLIN bereit sei, konstruktiv mitzuarbeiten, wenn das Ziel der Reform stimme.

Was stimmen muss, ist zum Beispiel die Klassenfrequenz. Da waren sich Renate Vercrüße von der Breitscheid-Schule, Christiane Zirbel von der Gustav-Eiffel-Schule und Klaus Brunswicker von der Sophie-Scholl-Schule einig. 28 oder 29 SchülerInnen seien zu viel und unklar bliebe, wo sich eigentlich die niedrigen Frequenzen der Hauptschulen im neuen Schultyp wiederfinden.

Vercrüße wies in diesem Zusammenhang auch auf die jüngste Entwicklung der Hauptschulen hin, zum Beispiel auf das ehrgeizige Arbeitsprogramm Hauptschule. Das sollte bis 2010 zur Senkung der Zahl der SchülerInnen ohne Schulabschluss um die Hälfte und zur Verdopplung der Zahl der SchülerInnen, die im Anschluss an die Hauptschule einen Ausbildungsplatz erhalten, führen. Man habe Bündnispartner an die Schulen geholt, sei im Rahmen der Gewaltprävention Kooperationen auch mit der Polizei eingegangen und habe durch schulinterne Fortbildungen neue Unterrichtsmethoden in alle Fachbereiche getragen. Dennoch ihr Fazit: »Wir haben es nicht geschafft an den Hauptschulen.« Sie begrüßte, dass man jetzt mit der Veränderung der Schulstruktur beginne und »wir aus dem Sack herauskommen und ein bisschen Licht in die Sackgasse kommt.« Zirbel hielt in ihrem Statement die geplante Sekundarschule für einen Segen, weil in der Öffentlichkeit wieder über Schule gestritten, die Hauptschule abgeschafft und die geplante Schulform zum Abitur führen wird. Zur Sackgasse allerdings würde sich die Sekundarschule entwickeln, wenn die Eingangsbedingungen, also die Ausstattung mit Lehrkräften, Sozialpädagog(inn)en, Schulpsycholog(inn)en und Hausmeistern, nicht stimmten.

Brunswicker ärgerte, dass die neue Struktur ein »Artenschutzprogramm für Gymnasien« sei. Kontrovers diskutiert würde auch unter GEW-SchulleiterInnen die Frage der Quotierung des Zugangs. Auch diese Schulform müsse in die Pflicht genommen werden, sich pädagogisch zu entwickeln. Er äußerte die Befürchtung, dass durch schlechte Bedingungen die Sekundarschule an die Wand gefahren werden könnte.

»Segen kommt von oben«, so leitete Arnz sein Statement ein. Er sei zuversichtlich, »dass Berlin besser wird als Hamburg, wo die Stadtteilschule nicht gleichwertig ist«. Er verwies auf die Erfolge der Arbeit an der Sophie-Scholl-Schule mit ihrer jetzigen Frequenz und rechnete vor, dass eine flächendeckende Frequenzänderung auf 25 SchülerInnen 500 Lehrerstellen kosten würde. Für ihn stelle sich die Frage, was auf der politischen Ebene wie umsetzbar sei.

Arnz erläuterte die für ihn wesentlichen Punkte der Strukturreform:

- Die gesamten bisherigen Ressourcen der Schulen bleiben im System.
- Für die Umwandlung in Ganztagsschulen werden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt.
- Die Vierzügigkeit ist sinnvoll und zwangsläufig verbunden mit der Aufgabe einer Reihe von Schulstandorten.

Die Überlegungen der Vereinigung Berliner Schulleiter in der GEW (VBS) zur Begrenzung des Zugangs zum Gymnasium hielt Arnz »für nicht so ganz dumm.« Die Frage sei, wie man das Vertrauen der Eltern in die Sekundarschule gewinne. Die Chimäre, »ein Kind müsse auf Teufel komm raus zum Gymnasium« bedarf der Korrektur. Die Kinder müssten an der Sekundarschule mindestens genauso gut aufgehoben sein, wenn nicht gar besser, wie am Gymnasium. Er lege Wert auf eine konstruktive Diskussion in der GEW, dann entwickele sich diese Schulform nicht zur Sackgasse.

Zu einem großen Problem, so eine Teilnehmerin, entwickeln sich die Auswirkungen des Konjunkturprogramms. In den Bezirken werden unter großem Zeitdruck Entscheidungen zu Baumaßnahmen getroffen, die sich auf den Erhalt oder die Schließung von Schulstandorten auswirken. Und das ohne jedes pädagogische Konzept und mit wenig Sachverstand. Auf die Frage, an wen man sich mit Beschwerden über unsinnige Maßnahmen wenden könne, gab Arnz die eindeutige Antwort »an mich!«

Das Fazit der lebhaften Diskussion an diesem Abend war: Die Herstellung der Gleichwertigkeit von Sekundarschule und Gymnasium wird ein schwieriges Unterfangen werden und die Politik serviert sie uns nicht auf einem silbernen Tablett.

Die GEW BERLIN wird sich mit Forderungen zu den Rahmenbedingungen der neuen Schulform einmischen und den Prozess der Umwandlung kritisch begleiten. Wir stehen erst am Anfang der Entwicklung. Packen wir es an!

Die Sache mit dem Türschild

Über die geplante Zweigliedrigkeit der Oberschulen

FOTO: PRIVAT

von Thomas Isensee, Gesamtschullehrer i.R.

Die GEW hat eine Veranstaltung zu den Plänen von Schulsenator Zöllner für die vielfach zergliederte Berliner Oberschullandschaft durchgeführt. Das ist prima! Denn es wird die Arbeitsbedingungen aller Lehrkräfte in diesem Bereich nachhaltig verändern, wenn Zöllners zweigliedriges System Realität wird. Und es berührt einen Kernbereich der gewerkschaftlichen Schulpolitik, die Forderung nach einer Schule für alle.

Leider hatte die Veranstaltung einen Haken. Das Gymnasium war auf dem Podium nicht vertreten. Und so konnte sich eine große Gruppe unserer MitgliederInnen subjektiv nicht angesprochen fühlen, obwohl sie objektiv betroffen ist. Es entsteht der sicher nicht beabsichtigte Eindruck, das Gymnasium lebe in einem Extra-Universum, benötige eine besondere Veranstaltung und das Zöllnersche Vorhaben sei Sache von Lehrkräften der Haupt-, Real- und Gesamtschulen, die sich doch in ihrer bisherigen professionellen Identität bedroht fühlen müssen.

Offene schulpolitische Situation

Den Planern war wohl nicht präsent, dass einzelne Schularten und Schulen mit ihren speziellen pädagogischen und sozialen Kulturen Teile eines Systems sind, also auch nur im Systemzusammenhang zu verstehen und zu beeinflussen sind. Zugleich hatten sie nicht auf dem Schirm, dass eine Gewerkschaft mit Mitgliedern in allen Teilen des Systems nur bestehen kann, wenn es ihr gelingt, die Kommunikation zwischen allen mit dem Ziel einer gemeinsamen und daher politisch wirksamen schulpolitischen Position zu organisieren.

Das ist umso wichtiger, als die GEW seit langem zum ersten Mal vor einer offenen schulpolitischen Situation steht, in der ihre Position zählen könnte. Der Senator erhofft sich schließlich zur Regelung der Details Beiträge aus der öffentlichen Diskussion. Und wer sollte diese Beiträge glaubwürdiger leisten als die GEW?

Folgende Szenarien der Zöllnerschen Strukturreform sind denkbar:

1. Freie Wahl des Zugangs zu Gymnasien und Sekundarschulen

Es bestehen zwei Schularten; der Zugang zu ihnen hängt nur vom Elternwillen ab. Dann würde das Gymnasium einen gewaltigen Zustrom erfahren. Immerhin wünschen sich über 60 Prozent der Eltern das Abitur für ihre Kinder, was sie mit dem Besuch des Gymnasiums verbinden. Müsste das Gymnasium diese SchülerInnen alle bis zur 10. Klasse behalten, also kein Probehalbjahr und keine »Abschulung«, dann wäre das Gymnasium keines mehr, sondern eine Gesamtschule. Die neue Sekundarschule würde dann zur Einrichtung der schulisch wie sozial Ausgegrenzten, zur neuen Restschule.

Gäbe es Probehalbjahr und Abschulung, dann bliebe dem Gymnasium der Druck zur Veränderung erspart und es könnte die neuen Sekundarschulen und die dort arbeitenden KollegInnen Jahr für Jahr mit einem Zustrom von Abgeschulten massiv belasten. Mit hohem Einsatz in Pädagogik, Schulentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit könnten sich dann einige Sekundarschulen als Orte der Zuflucht oder der zweiten Chance öffentliche Wertschätzung auch bildungsbürgerlicher Kreise erwerben, vor allem wenn deren eigene Kinder zu scheitern drohen.

2. Rigide Regulierung des Zugangs zum Gymnasium

Noten, Prüfungen, Tests und/oder Probeunterricht schränken den Zugang zum Gymnasium stark ein, sodass nur die Leistungsstärksten sowie die Kinder einiger weniger (Einfluss-) Reicher dorthin gelangen könnten. Das wünscht sich so mancher; aber bei sinkenden SchülerInnenzahlen bedeutet das weniger SchülerInnen auf dem Gymnasium und das heißt Schließung von Gymnasien und Umsetzung zahlreicher Lehrkräfte auf die Sekundarschule. Gibt es dann weder Probehalbjahr noch Abschulung, müssen auch die verbleibenden Gymnasien Gesamtschulcharakter (siehe 1.) annehmen, um all diese Schüler wenigstens bis zum Mittleren Schulabschluss zu fördern.

Das Extra-Universum Gymnasium, hier ein besonders schönes Exemplar in Weimar.

FOTO: IMAGO/McPHOTO

Für die neuen Sekundarschulen wäre das nicht schlecht, wenn sie institutionell und materiell das Recht bekommen, alle Schulabschlüsse zu vergeben und ihr eigenes Selbstverständnis weg von der Idee der Fortsetzung von Haupt- und Realschule mit anderen Mitteln entwickeln.
Bisherige GymnasiallehrerInnen würden also zwischen Arbeit an einer Gesamtschule erster Klasse mit dem Türschild Gymnasium oder zweiter Klasse entscheiden müssen.

3. Softversion: Zugangsregeln mit Sozialklauseln
In der Diskussion befindet sich auch die Variante, Gymnasien bei der Aufnahme eine Quote von SchülerInnen aus einkommensschwachen und/oder MigrantInnenfamilien aufzuerlegen, um die soziale Selektion zu verringern. Dies erscheint allerdings praktisch kaum umsetzbar: Leistet eine Verwaltung, die nicht einmal die rechtzeitige Einstellung von Lehrkräften wuppen kann, die transparente und termingerechte Erstellung solcher SchülerInnenlisten? Ist es Jugendlichen aus sozial schwieriger Umgebung zumutbar, als »Sozialquoten-Konzessionsschulze« ein Zehlendorfer Gymnasium zu besuchen? Allerdings würde es den Charakter des Gymnasiums ebenfalls wie unter 1. und 2. verändern, wenn es denn ginge.

Letztlich bleiben zwei Alternativen:
- Rücksichtslose Auslese im »höheren« Schulzweig Gymnasium mit entsprechenden Folgen für das eigene pädagogische Klima und die »niedrigere« Sekundarschule gemäß 1.
- Oder das Nebeneinander im Wettbewerb verschiedener gesamtschulähnlicher Gebilde. Manche von denen haben dann das prestigeträchtige Türschild Gymnasium und, wenn sie sich denn im Wettbewerb um sinkende SchülerInnenzahlen behaupten, auch SchülerInnen mit besserer Eingangsqualifikation.

Das hängt alles von der Regelung der Einzelheiten ab. Und wovon die abhängt, zeigt die Begründung für die Umstrukturierung der Berliner Schullandschaft: Zöllner wollte etwas gegen die unsinnige Vielgliedrigkeit der Sekundarschulen tun, hielt aber eine Einbeziehung des Gymnasiums für politisch nicht durchsetzbar. Da zählen also keine Erziehungswissenschaft und keine Bildungstheorie. Die würden auch keine Begründung für die Zweigliedrigkeit hergeben. Vielmehr zählt die (Laut-) Stärke der Gruppen, die ihre materiellen und ideologischen Interessen im schulischen Bereich verfolgen, das heißt Türschild Gymnasium. Und so werden sich in der kommenden öffentlichen Debatte um die Einzelbestimmungen die verschiedenen InteressentInnenhaufen wie bisher mit intellektuell fragwürdigen Argumenten beharken, als wenn es darauf ankäme.

In dieser Situation könnte sich die GEW durch eine seriöse, inhaltlich konsistente, intellektuell zumutbare und vom Einverständnis der Mehrheit der PädagogInnen getragene Position auszeichnen. Das wäre ganz prima für uns!

Damit sind wir wieder bei der GEW-Veranstaltung vom 17. Februar. Es ist doch klar, dass sich das berufliche Leben auch der Gymnasiallehrkräfte verändern wird. Es ist auch klar, dass die Regelungen für das Gymnasium die Bedingungen an der Sekundarschule betreffen werden und umgekehrt.

Die GEW ist der einzige institutionelle Ort in Berlin, wo alle diese Betroffenen organisiert sind und sich über ihre Schwierigkeiten, aber auch Möglichkeiten äußern oder gar verständigen können mit der Aussicht auf Gehör. Und was macht die GEW? Sie vollzieht in vorauseilendem Gehorsam die von Zöllner angedachte Zweigliedrigkeit nach und macht ihre schulpolitischen Veranstaltungen auch gleich zweigliedrig. Das ist nicht prima. Aber es ist hoffentlich korrigierbar.

Teures Datensammeln des Bildungssenats

Der Nutzen der Schülerdatei für die Planung des Schuljahres ist mehr als fraglich

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW

Der Anfang liegt lange zurück. Im Jahre 2000 stellte die Kultusministerkonferenz (KMK) in einem Beschluss fest, dass »für die Koordinierung politischer und planerischer Maßnahmen sowohl für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Schulwesens ein Bestand aktueller und vergleichbarer Schuldaten der Länder unerlässlich ist.« Und im Januar 2003 verabschiedete die KMK einen »Kerndatensatz für schulstatistische Individualdateien der Länder«, der als Grundlage aller Länderdateien dienen sollte. Wie konnten die Schulen bisher nur ohne diese Daten existieren?

Bildungssenator Zöllner musste sich genau wie sein Vorgänger immer wieder vorhalten lassen, dass zum Schuljahresanfang die Ausstattung an Lehrkräften an den einzelnen Schulen höchst unterschiedlich war. Viele Schulen begannen mit Unterausstattung und es dauerte manchmal einige Wochen, bis der Betrieb ruckelfrei arbeitete. Eine von Zöllners Begründungen für das Wirrwarr: Viele Eltern würden ihre Kinder an mehreren Schulen anmelden und man wüsste erst am ersten Schultag genau, wie viele denn nun wirklich wo angekommen seien. Dabei machte die Zahl von mindestens 4.000 unklaren Mehrfachanmeldungen die Runde. Zöllners Ausweg: Eine zentrale Schülerdatei kann endlich Genauigkeit und Planungssicherheit herstellen. Im Februar 2008 versprach er den Schulleitungen, seine Verwaltung arbeite mit Hochdruck und das Schuljahr 2008/2009 solle schon mit der besseren Datenerfassung beginnen. Immerhin waren an Kosten 22 Millionen veranschlagt und dafür kann man schon etwas Brauchbares erwarten.

Dann war eine lange Zeit Ruhe; der ursprüngliche Zeitpunkt war Makulatur. 22 Millionen wollen ja auch sorgfältig ver-

plant sein. Als allerdings der Gesetzentwurf an die Öffentlichkeit kam, wurde klar, weshalb alles viel länger dauerte. Alle rieben sich verwundert die Augen: Plötzlich ging es nicht mehr nur um die bessere Planung des Schuljahres. Der Entwurf sah auf der Grundlage des Kerndatensatzes der KMK vor, für jeden Schüler 16 Einzeldaten zu erfassen: Name, Anschrift und Geburtsdatum, dazu Adresse und Telefonnummer der Eltern, Klasse, Bildungsgang und Abschluss, unentschuldigte Fehltage, Teilnahme an der Schuleingangsuntersuchung, Umfang der Hortbetreuung, eventueller sonderpädagogischer Förderbedarf, nichtdeutsche Herkunftssprache, Befreiung von der Zuzahlung für Lernmittel und zusätzlich für die berufsbildenden Schulen Ausbildungsgang und Ausbildungsbetrieb. Zugriff auf Teile der Datei sollten auch die Bezirksämter und die Polizei haben.

Der »Virus Schäublerensis«

Es gibt eine fatale Eigengesetzlichkeit von Datensammlern. Jan Thomsen fand in der »Berliner Zeitung« vom 9. Januar 2009 den schönen Begriff des »Virus Schäublerensis«. Wenn ich schon einmal beim Sammeln bin, dann kann ich doch gleich noch dieses und jenes erfassen. Und wenn die Öffentlichkeit protestiert und vor dem »gläsernen Schüler« warnt, dann werde ich schon nachträglich ein paar gute Gründe finden. Zugriffsrecht der Polizei? Natürlich – denn dann weiß ich bei einem aufgegriffenen Schulschwänzer sofort, zu welcher Schule er gehört. Zugriffrecht der Bezirksämter? Das hilft doch bei der Bekämpfung von Kindesmisshandlung! Angesichts dieser edlen Ziele sollen doch die Warner den Mund halten.

Trotzdem war der Protest so groß, dass der erste Gesetzentwurf überarbeitet werden musste. Der Landesdatenschutzbeauftragte hatte zwar keine grundsätzlichen Bedenken, stellte allerdings klare Änderungsforderungen. Die jedem Schüler zugewiesene Kennziffer dürfe nicht an Dritte weitergegeben werden; vor Inkrafttreten des Gesetzes müssten ein Sicherheitskonzept und eine Rechtsverordnung vorliegen. Der Entwurf wurde überarbeitet. Zugriff auf die kompletten persönlichen Daten hat jetzt nur die Einzelschule und zahlreiche Angaben würden nicht Personen zugeordnet, sondern anonymisiert gespeichert beziehungsweise weitergegeben.

Die Landesschülervertretung, prominent vertreten im »Aktionsbündnis Freiheit statt Angst«, hielt ihre grundsätzliche Kritik aufrecht und machte auf einige Details aufmerksam: Eine vernünftige Lehrekräftezuteilung an die Einzelschule müsste circa drei Monate vor Schulbeginn abgeschlossen sein; die Anmeldefristen für die Schulwahl sind aber wesentlich kürzer. Doppelanmeldungen ließen sich also weder vermeiden noch wesentlich frühzeitiger herausfiltern.

Der Protest bleibt

Acht Abgeordnete der Linkspartei lehnen auch den verbesserten Entwurf ab. Sie fordern einen Stopp des Gesetzgebungsverfahrens. Dabei spielen nicht nur datenschutzrechtliche Bedenken eine Rolle; auch müsste zuerst die technische Umsetzung geklärt sein.

Grundlegende Kritik übte der Flüchtlingsrat. »Im Zusammenwirken mit vorhandenen Dateien wie dem Melderegister und dem Ausländerzentralregister sowie Gesetzen wie dem Aufenthaltsgesetz und dem Berliner Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz werden … die Möglichkeiten der Polizei erheblich erweitert, gegen Kinder ohne legalen Aufenthaltstitel und ihre Eltern vorzugehen. (…) Kindern ohne legalen Aufenthaltstitel sowie Kindern, denen akut eine Aufenthaltsbeendigung droht, ist im Hinblick auf die Datei vom weiteren Schulbesuch abzuraten.« Dass das keine Panikmache ist, zeigt das Beispiel Hamburg: Das dort eingeführte Schülerzentralregister hat zur Aufdeckung von Schülern ohne Papiere geführt, denen jetzt die Abschiebung droht.

Zurück zur Praxisebene

Wir nehmen jetzt einmal bewusst einen naiven Standpunkt ein: Sämtliche Vorschriften werden eingehalten; keine externe Behörde hat Zugriff, alles bleibt verschlüsselt und anonymisiert.

Die erste, äußerst banale, aber wichtige Frage ist: Wer erhebt an der Einzelschule die Daten, wer pflegt sie? Der/die SchulleiterIn wird es wohl nicht sein – bleibt die Schulsekretärin. Zweiter Schritt: Wer sorgt an der Einzelschule dafür, dass sorgsam mit den Daten umgegangen wird? Der Landesdatenschutzbeauftragte hatte gefordert, dass an jeder Schule endlich der/die geforderte Datenschutzbeauftragte installiert wird. Zusätzlich ein Haufen Arbeit für die KollegInnen ohne irgendwelche Ermäßigungen.

Der pädagogische Sinn und Zweck: Wir wissen, dass bei Fehlverhalten eine schnelle Reaktion wichtig ist. Wenn also Schulschwänzer schnell gefunden und sofort an ihrer Schule abgeliefert werden können, dann mag das hilfreich sein. Aber wie geht es weiter? Wenn es an den Schulen kein sozialpädagogisches Personal gibt, das sofort interveniert, verpufft der Effekt schnell. Wer also sagt, man könne über die Datei das Problem des Schulschwänzens minimieren, ohne gleichzeitig die sozialpädagogischen Ressourcen zu verstärken, führt die Öffentlichkeit in die Irre.

Zurück zum Ausgangspunkt. Zöllner wollte das Anmeldeverhalten besser kontrollieren, um darüber die Lehrkräftezumessung exakter zu steuern. Nehmen wir auch hier ganz naiv an, es gelingt ihm. Alle Schulen wissen also am Beginn des Schuljahres punktgenau, wie viele SchülerInnen sie haben. Der Senator weiß punktgenau, wie viele Lehrkräfte er wohin geben muss, damit die Schule auf 100 Prozent Ausstattung kommt. Und dann? Wissen wir nicht alle, dass keine Schule damit über die Runden kommt? Es ist natürlich tröstlich, dass die Schülerdatei uns jetzt genau sagt, wann wir diesen Zustand erreicht haben.

Wie man es auch dreht und wendet, ob man die grundsätzliche Kritik betrachtet oder das Problem auf der Schulebene durchspielt: Mit 22 Millionen hätte man etwas Sinnvolleres anfangen können.

AZUBI GESUCHT

Zum neuen Ausbildungsjahr 2009/2010 sucht die GEW BERLIN wieder einen aufgeweckten jungen Menschen mit einem guten mittleren Schulabschluss (oder vergleichbaren Leistungen) und Spaß am Kontakt mit sehr unterschiedlichen Menschen sowie dem Berufswunsch **Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation**. Bitte sprecht möglichst gezielt SchülerInnen auf diese Möglichkeit an. Weitere Informationen geben Sabine Kube (219993-24) oder Udo Jeschal (219993-23) in der Geschäftsstelle. Die GEW BERLIN bildet seit vielen Jahren in diesem Beruf aus.

Eine Institution schwuler Emanzipationsarbeit wird 30 Jahre alt

Das »Pfingsttreffen schwuler Lehrer« geht in die vierte Dekade

von Ulf Höpfner und Guido Mayus, AG Schwule Lehrer

Unterstützung von höchster Stelle: Detlef Mücke Arm in Arm mit Klaus Wowereit. Ulf Höpfner und Guido Mayus durften aber auch mit aufs Bild.

FOTO: FOTOS@QUEER-KOPF.DE

Einige Eltern meiner Klasse haben meinem Schulleiter geschrieben, dass sie nicht mehr möchten, dass ich die Schüler damit konfrontiere, dass ich mit einem Mann zusammen lebe«, heißt es Ende des letzten Schuljahres aufgeregt in der E-Mail von Ralf P.* und Nico S.* schrieb während der Sommerferien: »Ich habe nun den Entschluss gefasst auf Lehramt zu studieren …. Jedoch wollte ich nun einmal nachfragen, wie es so ist als Lehrer zu arbeiten, wenn man schwul ist! Wie wird das angenommen und kann es Probleme geben?« Andi L.* meint nur wenig später:»Ich bin regelrecht hin- und hergerissen zwischen der Entscheidung: Offenes Outing – Völliges Schweigen über die Privatsphäre.«

Intensiver Gedankenaustausch

Fragen, wie sie sich schon viele einmal stellen mussten, die beim »Pfingsttreffen Schwuler Lehrer« dabei sind. Diese Institution der schwul-lesbischen Emanzipationsbewegung wird 30 Jahre alt! In der Akademie Waldschlösschen bei Göttingen treffen sich schwule Lehrer, Referendare und Lehramtsstudenten auch diesmal wieder zu einem Fortbildungswochenende zum Thema »Homosexualität und Schule« wie jedes Jahr seit 1979.

Dort setzen sich die Teilnehmer mit der Situation von schwulen Kollegen, lesbischen Schülerinnen und schwulen Schülern auseinander. Aber auch der Erfahrungsaustausch der ungefähr 80 Teilnehmer ist ein immer wiederkehrender fester Bestandteil, bei dem jeder in angenehm entspannter Atmosphäre über seine Situation an der Schule berichten kann. Für viele ist gerade dieser Gedankenaustausch eines der spannendsten und wichtigsten Angebote, denn noch immer hat nicht jeder Kollege eine schwule Gewerkschaftsgruppe in seiner Nähe, bei der er einen regelmäßigen Austausch findet. Darüber hinaus vermitteln Experten aus dem Bildungsbereich aktuelle Inhalte aus den Bereichen Sexualerziehung, politische Bildung und Rechtsentwicklung.

Die Organisatoren können mit Stolz auf das zurückblicken, was in all den Jahren erreicht wurde. »Anfangs hatte ich Zweifel, dass dies das richtige Studium sei. Nun nicht mehr. Ich liebe diesen Beruf. Einen gewissen Teil habe ich Euch zu verdanken. Vielen Dank!«

Briefe wie dieser von Jens N.* belegen das. Aber die in letzter Zeit zunehmende Hassgewalt gegen Homosexuelle und die verstärkte, religiös motivierte Einflussnahme gegen die Gleichstellung der

lesbisch oder schwulen Menschen in Schule und Gesellschaft verdeutlicht die Notwendigkeit die Aktivitäten unvermindert weiterzuführen.

Erfolgreich durch aktive Öffentlichkeitsarbeit

Genauso, wie auch die AG Schwule Lehrer der GEW Berlin, die gerade im Dezember 2008 ebenfalls ihr 30. Jubiläum beging, immer noch in ausschließlich ehrenamtlichem Engagement gegen Diskriminierung und menschenverachtende Ideologien und für einen respektvollen Umgang miteinander kämpft. Viele Lehrer der Gruppe sind offen schwul. Damit und mit ihrem öffentlichen Engagement haben sie eine enorm wichtige Aufgabe übernommen: Sie zeigen in der Schule den Schülerinnen und Schülern, dass auch Homosexuelle jede Berufsperspektive haben und ein wertvoller Teil der Gesellschaft sind. Zur Verwirklichung dieser Ziele ist die Gruppe seit 1979 jedes Jahr bei CSD-Paraden sichtbar, verhandelt mit den politisch Verantwortlichen im Bereich Bildung – zuletzt mit Bildungssenator Zöllner, beteiligt sich an Veröffentlichungen, diskutiert ihre Forderungen auf Fachtagungen und Podiumsdiskussionen und kommuniziert sie in Printmedien, Radio- und Fernsehinterviews. Dadurch gelang unter anderem die Mitgestaltung von Lehrplänen oder des Medienangebots der Lehrerinstitute und besonders hervorzuheben: die Öffnung der Schulen für Aufklärungsprojekte.

Auf internationaler Ebene werden die polnischen schwulen Kollegen seit vier Jahren durch sichtbare Teilnahme am Warschauer CSD unterstützt und zum Coming-out ermutigt. Über die Bildungsinternationale (BI) werden auf europäischer Ebene alle Gruppen von lesbisch-schwulen Lehrkräften vernetzt.

Erfolgreich in der Gewerkschaft

Aber auch bei der Gewerkschaftsführung der GEW und anderer DGB-Gewerkschaften wurde erreicht, dass Antidiskriminierungspolitik ganz selbstverständlicher Bestandteil ihrer Arbeit geworden ist. Seit nunmehr 30 Jahren organisiert die Berliner schwule Lehrergruppe gemeinsam mit der Akademie Waldschlösschen das Pfingsttreffen. Ralf P. und Andi L. werden dieses Jahr zum ersten Mal dabei sein. Ganz sicher werden sie Antworten auf Ihre Fragen finden. Und manch einem gefiel es beim ersten Mal so gut, dass er in 30 Jahren dreißig Mal dabei war.

** Namen von der Redaktion geändert. Ein Blick auf die Homepage www. schwulelehrer.de ist lohnenswert.*

DIE AG LEFOBI (LEHRERINNENFORT- UND WEITERBILDUNG) SUCHT DICH!

... Denn du bist interessiert in einer Gruppe Fort- und Weiterbildungswege für Lehrerinnen und Lehrer kritisch zu beleuchten!
... Denn du möchtest aktiv die Qualität der dritten Phase erhöhen!
... Denn du diskutierst konstruktiv auch auf politischer Ebene!
... Denn du hast ab April Lust, dich monatlich zu angeregten und anregenden Gesprächen zu treffen!

Melde dich bei mir unter: tamara-a@gmx.de
Ich freue mich auf unser Team.

Tamara Adamzik (AG-Leiterin)

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	20,-	30,-
- (Sek. I und Sek II)	30,-	40,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 26*

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch (+ 7,–)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

John Rabe – Ein deutsch-chinesisches Geschichtskapitel

Kostenlose Voraufführung für GEW Mitglieder am 22. März

von der Kultur-AG der GEW

Szenenbild aus dem Film »John Rabe«: Um die Stürmung der Sicherheitszone zu verhindern, stellt sich John Rabe (Ulrich Tukur) der japanischen Armeeführung entgegen. Kinostart am 2. April 2009. FOTO: VERLEIH

Der Film »John Rabe« beruht auf einer wahren Begebenheit. 1937: Seit knapp 30 Jahren lebt der Hamburger Kaufmann John Rabe (Ulrich Tukur) mit seiner Frau Dora (Dagmar Manzel) in der damaligen chinesischen Hauptstadt Nanking. Er leitet die dortige Siemens-Niederlassung. Während seines Abschiedsballs wird Nanking von Fliegern der japanischen Armee bombardiert, die kurz zuvor bereits Shanghai eingenommen hat. Panik bricht aus und Rabe öffnet die Tore des Firmengeländes, um die schutzsuchenden Familien seiner Arbeiter in Sicherheit zu bringen.

Während am kommenden Morgen die Feuer gelöscht und Schäden begutachtet werden, beraten die in der Stadt verbliebenen Ausländer, was sie angesichts der Bedrohung tun können. Der deutsch-jüdische Diplomat Dr. Rosen (Daniel Brühl) berichtet von einer Sicherheitszone für Zivilisten, die in Shanghai eingerichtet wurde. Die Leiterin des Girls Colleges, Valérie Dupres (Anne Consigny), ist sofort begeistert und schlägt John Rabe, als Deutscher gewissermaßen "Verbündeter" der Japaner, als Vorsitzenden der Internationalen Sicherheitszone Nanking vor. Sehr zum Unwillen von Dr. Wilson (Steve Buscemi), Chefarzt des lokalen Krankenhauses, den eine große Antipathie mit dem "Nazi" Rabe verbindet. Rabe wollte eigentlich am nächsten Tag die Heimreise antreten – entscheidet sich aber, zu bleiben und stürzt sich in die Arbeit.

Während die kaiserliche japanische Armee mit ungeahnter Brutalität gegen die Zivilbevölkerung vorgeht, gelingt es Rabe und seinen Mitstreitern mit Mut und Geschick, den Japanern die geplante Sicherheitszone abzutrotzen. Hunderttausende strömen in die Zone – weit mehr als erwartet. Doch die Übergriffe der Japaner nehmen kein Ende und die Versorgungssituation wird immer schlechter. Schließlich planen die Japaner, die Zone unter einem Vorwand zu stürmen – für Rabe beginnt ein Wettlauf gegen die Zeit...

Der Film startet am 2. April in den Kinos. Wir zeigen ihn in Kooperation mit Majestic-Filmverleih und UCI KINOWELT am 22. März in einer kostenlosen Voraufführung. Wie immer um 12.30 Uhr und in der UCI-KINOWELT – Zoopalast. Mitglieder der GEW BERLIN können bis zu zwei Karten bei uns bestellen. Informationen über den Film gibt es unter www.johnrabe.de

ULRICH TUKUR DANIEL BRÜHL ANNE CONSIGNY DAGMAR MANZEL ZHANG JINGCHU UND STEVE BUSCEMI

59. Internationale Filmfestspiele Berlin

2 BAYERISCHE FILMPREISE
BESTER FILM
BESTER DARSTELLER

Wer ein Leben rettet,
rettet die ganze Welt.

JOHN RABE

Nach einer wahren Geschichte
Ein Film von Oscar-Gewinner FLORIAN GALLENBERGER

"Vor allem zeigt die Geschichte, wie viel ein Mensch mit Zivilcourage bewirken kann. Toll, dass sie verfilmt wurde." TAGESSPIEGEL

"Der bemerkenswerte Film über den "Oskar Schindler Chinas" zählt zu den Höhepunkten der 59. Berlinale." SWR

AB 2. APRIL IM KINO!

Informationsmaterial zum Film erhalten Sie unter www.gew-berlin.de
Bei Rückfragen oder Interesse an Schulvorführungen stehen wir Ihnen unter johnrabe@majestic.de oder 030 - 887 144 80 zur Verfügung.

www.johnrabe.de

Der Girls'Day – eine Erfolgsgeschichte

Alle vier Jahre findet bundesweit der Mädchen-Zukunftstag statt

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Bärbel Lange, Frauenvertreterin im Bezirk Reinickendorf

Jedes Jahr am vierten Donnerstag im April, dieses Jahr ist es der 23. April, findet bundesweit der Girls'Day statt. An diesem Tag können Mädchen ab der fünften Klasse Berufe kennen lernen, die immer noch überwiegend von Männern ausgeübt werden. Mädchen haben im Schnitt die besseren Schulabschlüsse und Noten. Trotzdem entscheiden sie sich noch immer überproportional häufig für einen »typisch weiblichen« Beruf. Mehr als die Hälfte der Mädchen wählt aus nur zehn verschiedenen Ausbildungsberufen im dualen System – darunter ist kein einziger naturwissenschaftlich-technischer Beruf. Auch in den Studiengängen der Ingenieurswissenschaften oder der Informatik sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Dies setzt sich fort bis in die Führungsebenen von Unternehmen und Aufsichtsräten.

Seit Beginn des Aktionstages Girls'Day haben bis zum Jahr 2008 mehr als 800.000 Mädchen teilgenommen; im Jahr 2008 boten Unternehmen und Organisationen 8.626 Veranstaltungen mit Plätzen für 132.537 Mädchen an. Immer mehr Mädchen im Alter zwischen 13 und 15 Jahren nutzten diese Chance zur frühzeitigen Berufsorientierung. Über regionale Arbeitskreise wurde im Wechsel der Jahre der Schwerpunkt auf die Aktivierung von Mädchen mit Migrationshintergrund oder auf Mädchen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelegt.

In erster Linie bieten technische Unternehmen und Abteilungen, sowie Hochschulen, Forschungszentren und ähnliche Einrichtungen am Girls'Day Veranstaltungen für Mädchen an. Anhand von praktischen Beispielen erleben die Teilnehmerinnen interessante und spannende Einblicke in Labore, Büros, Werkstätten und Redaktionsräume. Ziel des Girls'Day ist es, Kontakte herzustellen, die für die berufliche Zukunft der Mädchen hilfreich sein können. Unternehmen, die erfolgreich speziell »Mädchen-Tage« realisieren, verzeichnen einen steigenden Anteil junger Frauen in technischen und techniknahen Berufen.

Auch Mädchen bohren dicke Bretter!

FOTO: WWW.GIRLS-DAY.DE

Mehr als ein Fünftel der Unternehmen, die bereits am Girls'Day teilgenommen haben, erhielten im Anschluss an den Aktionstag Bewerbungen von ehemaligen Teilnehmerinnen. Bemerkenswert ist der Wandel in der Wahrnehmung der Berufsfelder: Nach ihrer Teilnahme am Girls'Day bezeichnen die Schülerinnen technische Tätigkeitsfelder als abwechslungsreich und teamorientiert.

Schulen nutzen den Aktionstag zunehmend, um Kontakte zu Unternehmen und Betrieben zu knüpfen. In vielen Schulen wurde der Girls'Day inhaltlich vor- und nachbereitet. Besonders häufig wurde über die Segregation des Arbeitsmarktes in sogenannte Frauen- und Männerberufe, über Berufsfindung und Geschlechterrollen gesprochen.

Zur Weiterorientierung

Bundesweit sind bereits zahlreiche Schulen mit weiteren Maßnahmen aktiv, die eine spezifische berufliche Orientierung für Mädchen hin zu technischen Berufen ermöglichen. In Berlin z.B. sind Kolleginnen der Wolfgang-Borchert-Schule beteiligt an einem Projekt des Fraunhofer-Instituts für Intelligente Analyse- und Informationssysteme »Roberta. Mädchen erobern Roboter« (www.lehrer-online.de). An der Romain-Rolland-Oberschule wird den Mädchen ab der 5. Klasse ein Experimentierclub »Forschermäuse« geboten (www.forschermaeuse.de).

Die bundesweite Koordination des Girls' Day informiert über eine täglich aktualisierte Homepage über den Aktionstag: www.girls-day.de. Hier gibt es Aktionsmaterialien, Angebote von Firmen und Unternehmen und Unterrichtsmaterialien zum Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag.

Die Landeskoordinierungsstelle Berlin für den Girls' Day ist bei LIFE e.V. (www.life-online.de) angesiedelt. Dieser Frauenbildungsträger qualifiziert seit 20 Jahren Frauen und Mädchen in Handwerk, Technik und Naturwissenschaften und trägt mit dazu bei, den Girls' Day als festen Bestandteil der Berufsorientierung in den Berliner Schulen zu verankern: www.girlsday-berlin.de

Die Initiative Pro Reli schadet sich selbst

Sechs Nachteile, die sich für die Verfechter des kirchlichen Religionsunterrichtes als Wahpflichtfach ergeben

von Gerhard Weil, Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten, LAMA

1. Die bisherigen Gruppengrößen des kirchlichen Religionsunterrichtes von 15 Teilnehmern in der Grundschule und 12 in der Oberschule würden bei der von »Pro Reli« geplanten Wahlpflichtfachkonstellation sicher der allgemeinen Frequenzsituation in der Berliner Schule angepasst werden, d.h. die Frequenzen dürften sich verdoppeln, der Lehrkräfteeinsatz würde sich halbieren!

2. Daraus ergäben sich weitreichende organisatorische Konsequenzen: Schulen im Westteil Berlins mit hohem Migrationsanteil und die meisten Schulen im Ostteil der Stadt mit geringer oder fast keiner Nachfrage nach Religion bzw. Weltanschauung könnten auch auf Jahrgangsebene der Schule keine Angebote für diesen Unterricht organisieren. Das bedeutet die Zusammenfassung mehrerer Jahrgänge (Altersmischung) oder sogar schulübergreifende Angebote.

3. Bei schulübergreifenden Angeboten ist wegen des Ortswechsels der Schüler fast sicher von einem Unterricht ausschließlich in den Randstunden oder am Nachmittag auszugehen, was Pro Reli bei der gegenwärtigen Regelung beklagt!

4. Durch die Aufteilung der SchülerInnen nach Religionen, Konfessionen und Weltanschauungen oder Ethik schon ab der Grundschule gehen zahlreiche Kinder und Jugendliche ohne Religionszugehörigkeit oder z. B. muslimischer Orientierung, die bislang kaum ein Angebot hatten, nicht mehr in den christlichen Religionsunterricht – dessen Schülerzahl wird auch deshalb wahrscheinlich sinken.

5. Religionslehrkräfte können bisher wegen ihres Status zu keinem Vertretungsunterricht verpflichtet werden. Religionsunterricht fiel deshalb nur aus, wenn die Lehrkraft erkrankte oder anderweitig fehlte. Als »normale« staatliche Lehrkräfte können diese jedoch jederzeit zu Vertretungen herangezogen werden, was in anderen Fächern leider häufig üblich ist und zu erheblichen Ausfällen führen würde.

6. Auch die Tatsache, dass Fachlehrkräfte für Religion (Katecheten) entsprechend § 129 Absatz 4 Schulgesetz nur eine persönliche Übergangsregelung mit Stichtag für den von den Glaubensgemeinschaften angebotenen Religionsunterricht aufweisen, nicht aber die mittlerweile nach § 13 Absatz 2 notwendige Lehrbefähigung, führt bei einer Verstaatlichung dieses Unterrichts in eine ungewisse Zukunft. Ob der Finanzsenator der Einstellung von etwa 600 Fachlehrkräften ohne schulgesetzlich erforderliche Lehrbefähigung zustimmen würde, ist fraglich. Die komplette Übernahme der Fachlehrkräfte für Religion nach einer ausdrücklich vom Senat und den Regierungsfraktionen abgelehnten Regelung von Pro Reli ist völlig unrealistisch.

Was sagt der Pro Reli-Chef dazu? Dr. Christoph Lehmann (Vorsitzender Pro Reli e. V.): »Zu Ihrer Frage nach den arbeitslosen Religionslehrern: Das ist mir völlig egal. Ich bin kein Gewerkschaftsvertreter und nicht für die Religionslehrer verantwortlich, sondern ich bin hier, weil wir ein gesellschaftspolitisches Anliegen vertreten. Wie die Kirchen das dann hinterher regeln, ist nicht mein Problem. – Es tut mir leid, Herr Schultz (verantwortlich für den Religionsunterricht in Berlin), aber das ist die harte Realität.« (Fundstelle: www.parlament-berlin.de parlamentarische Materialien Ausschussprotokolle Ausschuss für Bildung, Jugend und Familien Wortprotokoll der Sitzung vom 22. Mai 2008).

Wem ernsthaft an der guten Existenz des Religions- und Weltanschauungsunterrichts und der Beibehaltung seiner organisatorischen Privilegierung gelegen ist, sollte ein Votum für Pro Reli bewusst ablehnen, so komisch das angesichts der lauten Propaganda klingen mag!

NEIN zum Pro-Reli-Gesetzentwurf

von Monika Rebitzki, Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten, LAMA

Die zweite Stufe des Volksbegehrens »Pro Reli« ist erklommen. Die Methoden, mit dem die christlichen Kirchen die Unterschriften für ihr Volksbegehren gesammelt haben, haben mich fast zum Austritt aus diesem Verein, dem ich immer noch angehöre, getrieben. Zunächst entschied ich mich aber für die Initiative »Christen pro Ethik«, weil ich hoffte, dass Kritik aus den eigenen Reihen mehr bewirken könnte, als mein unspektakulärer Austritt. Geändert hat sich an der Haltung der Kirchen leider nichts, nur dass denjenigen, die eine bedeutendere Rolle in der Kirche spielen als ich, mit Repressalien gedroht wird. Nun hat die Initiative »Pro Reli« die zweite Stufe geschafft mit Falschinformationen, die in fast allen Medien »durchgegangen« sind und insbesondere im *Tagesspiegel* eine Heimat gefunden haben und mit aggressiven Sammelmethoden bis in den Weihnachtsgottesdienst hinein. Der Volksentscheid, die Abstimmung über die beantragte Gesetzesänderung, steht also bevor.

Deshalb unser Appell an alle, die für ein gemeinsames Wertefach »Ethik« sind und alle, die die Initiative Pro Reli in ihren Konsequenzen zunächst auf die leichte Schulter genommen haben: Helft mit, da wo ihr lebt und arbeitet mit guten Argumenten für eine Abstimmung zu sorgen, bei der keiner hinterher sagen kann: Wenn ich das gewusst hätte,....« Sorgt bitte mit dafür, dass möglichst viele im bevorstehenden Volksentscheid den Pro-Reli-Gesetzentwurf mit einem NEIN ablehnen (Gesetzentwurf siehe www.pro-reli.de).

Dolmetscher der kulturellen Bildung

Wie Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Kultureinrichtungen wirken

von Katrin Behrens, Projektleitung TUSCH

Unterschiedlicher können die Ausgangspunkte, Ansichten und Entscheidungszwänge in den beiden Systemen Schule und Kunst kaum sein. Beide in Berührung zu bringen, hat derzeit Hochkonjunktur und dies mit doppelter Absicht: Durch die Hereinnahme der erprobten Mittel der künstlerischen Projektarbeit in die Schule sollen Heranwachsende alternative Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten erfahren. Die Künstler wiederum suchen die Begegnung und den Austausch mit der jungen Generation.

Zuallererst bringt die Kooperation auch leitende Akteure in Austausch – der Künstlerin auf der einen und dem Pädagogen auf der anderen Seite. Und hier ist die Kommunikation der Beginn und das Wichtigste, und manchmal auch das Schwerste. Um sich dem anderen klar entgegenbringen zu können, muss sich jeder zunächst selbst befragen: Welche Erwartungen habe ich an eine solche Kooperation? Welche Interessen verfolge ich bei meiner Teilnahme, welche Ziele sehe ich für meine Gruppe? Was kann mein Beitrag zu einem gelingenden Gemeinschaftswerk sein?

Welche Möglichkeiten gibt es, gleichberechtigt eine Idee, ein künstlerisches Projekt zu entwickeln, ohne in die alte Aufteilung zu verfallen: Die Künstlerin ist für Kreativität zuständig und der Pädagoge für Organisation, Disziplin und Kommunikation?

Das Kooperationsnetzwerk TUSCH

TUSCH ist ein Modellprojekt der kulturellen Bildung, das die Schulentwicklung und die Befruchtung der Lernkultur in ihrem derzeitigen Wandel einerseits und Tendenzen und gesellschaftliche Aufgaben und Ansprüche der Kunst andererseits im Blick hat. Die TUSCH-Gründerin und langjährige Leiterin Renate Breitig hat hierfür den richtigen Hintergrund: als Lehrerin, Leiterin der Fortbildung Darstellendes Spiel für die Sekundarstufe I im Bildungssenat und als langjährige Referentin für ästhetische Bildung im Senat hatte sie stets je ein Bein in der Kultur und eines im Bildungssystem. Die Grundidee ihres Projektes ist die Partnerschaft, die je eine Schule und ein Theater (auf Zeit) miteinander verbindet und dazu verführt, sich aufeinander einzulassen. Sich kennen zu lernen, voneinander zu lernen und ein gemeinsames Drittes entstehen zu lassen.

»Minotaurus«, TUSCH-Produktion von mehreren Schulen mit dem theater 89. FOTO: FOTOBOX

Hierzu bietet TUSCH seine Dienste an: als Impulsgeber, Ideenpool und Vermittler. Aus der theaterpädagogischen Begleitung der insgesamt 40 Partnerschaftsprojekte, die jährlich von TUSCH initiiert und gefördert werden, entwickelt TUSCH »Übersetzungshilfen« in Form von Einsteigertipps und Foren für den Erfahrungsaustausch bis hin zu Mediationsangeboten. TUSCH sammelt die Projekterfahrungen und gibt diese an seine Theater- und Schulpartner zurück, sodass alle davon profitieren.

Noch auf einer weiteren Ebene wünschte man sich manchmal Dolmetscher. Nämlich dann, wenn Kooperationsprojekte wie TUSCH oder auch das verwandte Projekt TanzZeit sich immer wieder gegenüber ihren Förderern rechtfertigen müssen, dass sie für ihre Arbeit qualifizierte Mitarbeiter brauchen. Aber es geschieht nicht automatisch, dass durch das Zusammenbringen eines Künstlers und einer Schulklasse, befruchtende Ergebnisse für beide Parteien herausspringen.

TUSCH kennen lernen

TUSCH gibt auf seiner Festwoche vom 25. bis 31. März 2009 Einblicke in über 40 Kooperationsprojekte – und diese sind beeindruckend: Auch für den Zuschauer offenbart sich, wo in den Projekten Türen geöffnet und eine gemeinsame Sprache gefunden wurde. Die TUSCH- Partnerschaften laufen über drei Jahre, dann sind meistens erste Feuer entzündet, die von alleine weiter brennen können. TUSCH nimmt dann wieder neue Schulen ins Netzwerk auf.

Ab 20. Februar 2009 können Karten für die Aufführungen bei TUSCH vorbestellt werden. Infos und Karten: www.tusch-berlin.de

Ihr fünfjähriges Jubiläum feiern Prime Time und die Serie »Gutes Wedding, schlechtes Wedding«. Hier die Akteure der Truppe, die uns schon einen Vorgeschmack auf den kommenden Sommer geben. Der kommt ebenso bestimmt wie die nächste Folge der beliebten Serie im und aus dem Wedding. FOTO. PRIME TIME

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Kaffee, Leben und Tod« bei **Rambazamba**: Eigentlich sollte es ein ordentlich organisierter »Kinder«-Geburtstag werden zwischen Gratulation und Beileid, akkurat und uniform mit Kakao und schwarzen Jacken – aber er bricht aus in ein Land der Fantasie, von Liebe, Leben und Tod, bunt, verlockend, chaotisch. Dort gibt es statt des Einheitskakaos freie Getränkewahl, jede Menge Abenteuer und Liebe. Das Stück von 1995, noch und wieder mitreißend frisch, umwerfend fröhlich und lebendig inszeniert, kann für Rambazamba insgesamt stehen: den Ausbruch aus dem eingeschränkt-verordneten Behinderten-Eckchen in die Freiheit der Kunst und der Lebendigkeit, in Leid, Glück und Wagnis statt Langeweile (ab 14; noch ein Hinweis: auch Rambazamba macht Projekte in Schulen – sehr zu empfehlen!).

Fünf Jahre schon gibt es **Prime Time** samt Serie *»Gutes Wedding, Schlechtes Wedding«* (57. Folge). Und kein bisschen müde, sondern bewegt, quirlig, pointenreich (ein wenig zu viel Video diesmal – die Bühnengeschehnisse sind deutlich spannender!). Für Theatergruppen besonders zu empfehlen: Sie können die Kunst der direkten Ansprache studieren und lernen, wie Theater auch die unwahrscheinlichsten Handlungen und Figuren »behaupten« kann (ab 14).

Die **Sophiensäle** erinnern an ihren Beginn und den von Sasha Waltz mit *»Allee der Kosmonauten«* (1996). Noch immer erstaunt die stupende Bewegungsfantasie dieses mitreißenden Tanztheaters, überzeugen Witz und Ironie, die die bürgerliche Alltäglichkeit im Plattenbau zeigen, karikieren und überhöhen.

Das **Theater am Kurfürstendamm**, völlig intakt und allseits akzeptiert, muss immer noch um seinen Standort kämpfen. Das tut es jetzt mit einer überzeugenden Shakespeare-Inszenierung. Katharina Thalbach hat *»Wie es euch gefällt«* mit einem reinen Frauenensemble besetzt, das die Männer-Frauen-Begegnungen derb, grotesk und mit Lust spielend untersucht, ironisierend umsetzt, als Theaterspaß zu starker Wirkung bringt – aber auch gefällt durch anrührende, zart-besinnliche Töne. Und über allem Shakespeares wundervolle Kunst, die Menschen und ihre Begegnungen gestaltet, nicht beurteilt.

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: INA KAUFMANN
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

COMMUNICATION ACADEMY
Fortbildungen 2009
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
· Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
· Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
· Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 75
www.communication-academy.org

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin, Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

COACHING FÜR DEN SCHULBEREICH
Dipl.-Psych. Johann Simoneit
Tel.:030 / 34 56 04 89

Supervision
Gruppen Teams Einzelpersonen
Neue Supervisionsgruppe für Lehrer/innen ab Anfang 2009
Wolfgang Witte
Supervisor (DGSv/SG) Pädagoge M.A.
Fon: 030 - 3241461
Email: wolfgang.witte@berlin.de
Web: www.wolfgang-witte.com
- mit Info zur neuen Supervisionsgruppe -

Die Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
Tel. 0 35 04/64 33-0

NATURERLEBNISPÄDAGOGIK
Veranstaltungen, Seminare, Fortbildungen
www.natur-erlebnispaedagogik.de
Tel. 030-39 82 92 42

Ein kleines Paradies
www.woldzegarten.de

ergoVitale
Auf Kurs in den Ruhestand
Gesundheitliche Beratung und Coaching für Frauen und Männer 50+
Martina Bruns
Tel: 030. 37 30 51 48
www.ergovitale.de

»John Gabriel Borkmann« in der **Schaubühne** lässt sich als Beitrag zur Bankenkrise missverstehen – eher ein Nachteil für Stück und Inszenierung. Denn eigentlich geht es um den seelischen Schutt der Vergangenheit, die Verletzungen in einem Familiendrama – und die Chancen der jungen Generation, vielleicht doch noch einmal davonzukommen – in ein freieres Leben (Sek II).

Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Vertrauenskultur als Grundlage des Lernens [091-S-39]
»Jedes Kind will lernen« – »Niemand darf beschämt werden« – »Den Lernenden als Partner behandeln« sind Regeln, die die Vertrauenskultur und damit die Lern- und Leistungsbereitschaft von Kindern fördern. Diese Fortbildung zielt darauf ab, die Bedeutung von Vertrauen und Achtung im Lernprozess zu verdeutlichen und praktische Konsequenzen für die Entwicklung einer Vertrauenskultur an der eigenen Schule aufzuzeigen. Für LehrerInnen aller Schulformen, Schwerpunkt Sek. I. Leitung: Marliese Seiler-Beck (GEW), Annette Dittmann-Weber. Kosten: keine, für Nichtmitglieder 25 Euro.
Am 2. April 2009 von 9 bis 14 Uhr in der Geschäftsstelle der GEW Berlin. Anmeldung über die Geschäftsstelle: Tel. 21 99 93 0.

Studienreisen nach Weißrussland und Riga
• *Historische Studienreise nach Weißrussland* vom 24. Juli bis 2. August 2009. Kombinierte Bahn-Bus-Reise. Stationen sind Brest-Minsk-Vitebsk. Enge Kontakte zur Bevölkerung. Themenschwerpunkt der Reise: Deutsche Besatzungspolitik während des II. Weltkriegs, aktuelles Leben in Weißrussland. Für diese Reise kann Bildungsurlaub beantragt werden. Die Reisekosten betragen 900 Euro mit Vollpension und inklusive aller Nebenkosten. Begrenzte Teilnehmerzahl. Informationen: Reisebüro Perelingua, Reiseleiterin Ingrid Damerow, Goßlerstr. 24, 12161 Berlin, Tel.: 851.80.01, 833.41.11 und 0172-848.23.10. oder www.ingrid-damerow.de
• *Studienreise nach Riga* vom 6. bis 13. Juni 2009. Themen der Reise sind u.a. Jüdisches Leben in Riga vor und nach dem Holocaust, die aktuelle soziale und ökonomische Lage in Lettland heute, Riga als »Perle des Jugendstils« und Jurmala als Rigas »Perle an der Ostsee«. Reisekosten 850 Euro. Begrenzte Teilnehmerzahl. Die Reise ist als Bildungsreise vom Berliner Senat anerkannt. Anmeldung wie oben.

LERNEN ÜBER GRENZEN.

Anfang des Jahres 2009 ist unter Beteiligung der GEW das Buch *»Lernen über Grenzen. Auf dem Weg zu einer Lernkultur, die vom Individuum ausgeht«* erschienen. Es ist Teil unserer Aktivitäten zum Umgang mit Heterogenität und auch als Ergebnis des langjährigen EU-Fortbildungsprojektes zu sehen: Wie können wir Lernprozesse befördern, die vom Individuum ausgehen und gleichzeitig die Anregungen, die heterogene Lerngruppen bieten, nutzen? Dieser Frage wird in diesem Buch unter vielerlei Aspekten nachgegangen. Ein Buch aus der Praxis für die Praxis, das sich an LehrerInnen, Schulleitungen, an Lehreraus- und -fortbildung richtet. Das Buch, herausgegeben von Katrin Höhmann, Heidemarie Schäfers, Rainer Kopp und Marianne Demmer und mit einem Geleitwort von Vernor Munoz will Mut machen, Grenzen zu überschreiten und sich von der unerfüllbaren Sehnsucht nach homogenen Lerngruppen zu verabschieden. Es will Mut machen, heterogene Lerngruppen als Normalität zu begreifen und nicht als Problem und Unglück. Es enthält lerntheoretische und pädagogische Grundlagen, einen Überblick über anregende Bildungspraxis ausgewählter Länder sowie konkrete Anregungen zur Weiterentwicklung von Unterricht und Schule in Deutschland. Der Titel ist im Verlag Barbara Budrich erschienen (250 Seiten. Kart. 24,90 Euro (D); ISBN 978-3-86649-221-9). Die GEW bietet es ihren Mitgliedern zum Vorzugspreis von 17,50 Euro inkl. Versand an. Zu beziehen ist es über broschueren@gew.de.

Fortbildung Kinder- und Jugendliteratur
• *»Arm dran? Dumm gelaufen?* Was ein Blick ins Portemonnaie und Bücherregal der Eltern über die Bildungschancen unserer Kinder verrät« ist das Thema eines Symposiums des Arbeitskreises für Jugendliteratur auf der Leipziger Buchmesse am 14. März von 10.30 bis 13.30 Uhr.
• *»Das unartige Kind.* Ein literarischer Typus zwischen Aufruhr und Anpassung.« Das Seminar findet vom 15. bis 17. Mai in Pforzheim statt. Der Seminarbeitrag für Unterbringung im Einzelzimmer beträgt 215 Euro. Weitere Informationen und Anmeldung über www.jugendliteratur.org

MATERIALIEN

Wirtschaftslexikon für GewerkschafterInnen
Das im dtv-Verlag erschienene Wirtschaftslexikon von Werner Rittershofer liegt in der vierten Auflage vor. Es wurde inhaltlich und grafisch neu gestaltet und enthält eine Vielzahl aktueller neuer Stichworte. Erläutert werden mehr als 4000 Fachbegriffe aus den Gebieten Wirtschafts- und Finanzpolitik, Arbeits- und Sozialrecht, Managementbegriffe, Betriebs- und Volkswirtschaft,

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62

Finanzen und Börse, europäische Institutionen und Rechtsbegriffe sowie Umweltrecht und Umweltpolitik. Besonders für den Wirtschaftsunterricht in der Mittel- und der Oberstufe bietet das Lexikon gute Erklärungshilfen und aktuelle Schaubilder. *Wirtschaftslexikon* – Über 4000 Stichwörter für Studium und Praxis – von Werner Rittershofer. 4. Auflage 2009. Beck-Wirtschaftsberater im dtv. ISBN 978-3-423-50844-5. (24,90 Euro)

Gemeinsam lernen kommt allen zugute

In der Dezember-blz hatten Irene Demmer-Dieckmann und Ulf Preuss-Lausitz unter dem Titel »Gemeinsam lernen kommt allen zugute« über empirische Befunde zum gemeinsamen Unterricht berichtet. Aus Platzgründen konnten wir die umfangreichen Literaturbelege und -hinweise nicht abdrucken. Eine Textfassung des blz-Artikels mit allen Literaturangaben befindet sich aber unter dem Link »Aktuelle Informationen« auf der Homepage des AK-Gem : www.akgem-berlin.org

Rente: Da steckt noch mehr drin!

Was kann ich erwarten, wenn ich in Rente gehe? Wie kläre ich mein Rentenkonto? Welche Rentenregelungen sind für mich relevant? Was muss ich über das Steuerrecht wissen? Was, wenn die Rente nicht reicht? Im »GEW-Ratgeber Rente – Die gesetzliche Rentenversicherung und weitere Informationen rund um das Thema Rente« finden sich darauf die Antworten. Die Broschüre kann zum Preis von 3,50 Euro inklusive Versand bestellt werden: E-Mail broschueren@gew.de

Bücherspenden zum Welttag des Buches

Zum Welttag des Buches am 23. April spenden das Archiv der Jugendkulturen und zahlreiche andere Verlage Bücher an Berliner Bibliotheken und Schulbibliotheken. Die Bücher werden für eine minimale Spende von 50 Cent pro Exemplar abgegeben. Der komplette Erlös der Aktion kommt der Initiative »Bücherbus in Nicaragua« zugute. Alle interessierten Bibliotheken können sich die Bücher beim Archiv der Jugendkulturen, Fidicinstraße 3, 10965 Berlin an folgenden Tagen abholen: Vom 22. bis 24. April jeweils von 11 bis 18 Uhr, am 25. April von 11 bis 14 Uhr.

Entwicklungspolitik im Wandel

Anhand von Berichten von EntwicklungsexpertInnen aus dem Süden und dem Norden wird das interessante und vielfältige Arbeitsfeld vorgestellt. Aktuelle Projektbeispiele werden ergänzt durch Berichte aus den 1960er Jahren und der Entwicklungspolitik der DDR. So zeigen sich Veränderungen in Ansätzen und Konzepten. Länderbeispiele sind unter anderem Tansania, Mosambik und Indien. Themen sind good governance, nachhaltige Entwicklung, Krisen- und Konfliktprävention, ländliche Entwicklung und aktuelle Entwicklungstheorien. Der erste Teil der Arbeitshilfe umfasst konkrete Unterrichtsvorschläge. Der zweite Teil ist für den direkten Einsatz im Unterricht konzipiert. Er enthält neben den Berichten zahlreiche Arbeitsblätter, Länderinformationen und ein Glossar. Für den Politik- und Geografieunterricht der Sekundarstufe II geeignet. Die Broschüre umfasst 94 Seiten und kann ab sofort für 7,50 Euro bestellt werden: Email: epiz@epiz-berlin.de, Fax: 030/692 64 19, Telefon: 030/612 03 954

AKTIVITÄTEN

Lesbische Lichtblicke

Unter dem Motto »Lesbische Lichtblicke« findet die Bundestagung lesbischer Lehrerinnen vom 21. bis 24. Mai 2009 im Göttinger Waldschlösschen statt. Bis zu 70 Teilnehmerinnen aller

ANZEIGE

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Wechseln Sie jetzt zur Nr.1 in der privaten Krankenversicherung!

erfahren. sicher. günstig.

Landesgeschäftsstelle Berlin
Dominicusstraße 14
10823 Berlin
Telefon (0 30) 78 80 60
www.debeka.de

Debeka

Schularten werden an vier Tagen Themen zur Homosexualität diskutieren sowie pädagogische und politische Umsetzungen erarbeiten. »Unser Ziel ist es, der Diskriminierung lesbischer Lehrerinnen entgegen zu treten sowie dem Coming-out von Lehrerinnen und Schülerinnen an der Schule Hilfestellung zu geben. Gleichzeitig wollen wir den kollegialen Austausch fördern und eigene Stärken weiterentwickeln«, erläutert Susanne Steup stellvertretend für das diesjährige Organisationsteam der Bundestagung. Unterstützt wird die Tagung von der GEW. Inhaltliche Schwerpunkte dieses Treffens sind Altersvorsorge, Konfliktmanagement im schulischen Umfeld sowie Singen und Stimmbildung. Weitere Workshopangebote wie Tanzen, Percussion und Clownerei ergänzen das Angebot und bieten die Möglichkeit, den Alltag loszulassen und Kontakte zu anderen lesbischen Lehrerinnen zu knüpfen. Anmeldung bis zum 21. April 2009, die Teilnahmegebühr beträgt 265 Euro für den Besuch aller Veranstaltungen sowie Unterkunft und Tagungsverpflegung. Das komplette Programm ist zu finden unter www.bulele.de

Für das Klima auf Fahrrad-Tour gehen

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) startet zum dritten Mal die bundesweite Jugendkampagne »FahrRad! Fürs Klima auf Tour« und ruft Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren dazu auf, sich an dem Klimaschutz-Projekt zu beteiligen. Ziel des Projektes ist es, möglichst viele Jugendliche zu motivieren, das Fahrrad für den Schulweg und in der Freizeit zu nutzen. Dafür gibt es attraktive Preise. Lehrkräfte und Jugendgruppenleiter finden auf der Kampagnen-Homepage Unterrichtsmaterialien und Aktionsideen zu Klimawandel und Mobilitätserziehung. Fahrrad-Kilometer können bis Juli 2009 gesammelt werden. Info und Anmeldung unter www.klima-tour.de

SENIOREN

Veranstaltungen der Senioren

9. März: Wir feiern den Internationalen Frauentag um 10 Uhr in der Seniorenfreizeitstätte Am Friedrichshain 15/Ecke Bötzowstraße.

12. März: Vortrag über Leben und Werk von Christa Wolf, die am 18. März 80 Jahre alt wird. Um 14 Uhr im Club Torstraße

18. März: Besuch des Gründerzeitmuseums Mahlsdorf, Hultschiner Damm 333. Treffpunkt um 10 Uhr vor dem Museum.

19. März: Führung und Gesprächsrunde über die Lichtenberger Schulen. Treffpunkt um 14 Uhr im Foyer der Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36.

25. März: Besuch der Grundschule am Fließtal in Hermsdorf (Montessori/ JÜL). Treffpunkt um 13.15 Uhr vor der Schule (Seebadstraße 41/42)

9. April: Vortrag zum Thema »Zur Geschichte der Drogen und Gewürze«. Um 14 Uhr im Club Torstraße.

14. April: Besuch einer Gerichtsverhandlung im Kriminalgericht Moabit, Turmstraße 91. Treffpunkt um 8.45 Uhr vor dem Gericht.

STELLENBÖRSE

Suche Tauschpartner aus Berlin Reinickendorf. Ich bin Grundschullehrerin in Berlin Mitte (Ortsteil Wedding) und möchte gern in Reinickendorf arbeiten, da ich in Brandenburg wohne. Wer möchte nach Berlin Mitte? Weitere Informationen unter helmmonika@gmx.de

Können Klassenzimmer fliegen?

Kinovorführungen für Schulklassen sind jederzeit möglich – für alle aktuellen Filme. Gerne besorgen wir auch ihren Wunschfilm. Wir beraten Sie gern!

Kontakt: www.UCI-KINOWELT.de/Bereich *Kino & Schule*

UCI KINOWELT – 6x in Berlin und Potsdam:
UCI KINOWELT Zoo Palast
UCI KINOWELT Colosseum
UCI KINOWELT Gropius Passagen
UCI KINOWELT Friedrichshain
UCI KINOWELT Am Eastgate
UCI KINOWELT Potsdam

UCI KINOWELT

REAL-TOURS S.R.L.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E- Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2009/2010

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**.
Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009/2010.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal **1,95%** ab **2,34%** effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**
Vorortberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de
DSB BANK
und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,– € günstige 281,05 € mtl., 70 000,– € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.
www.ak-finanz.de
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de
Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Z.B.
Baltikum
China
Ecuador
Indien
Iran
Kroatien
Namibia
Ukraine
Vietnam
Kambodscha
Kreuzfahrten.....

LOTHAR KÖGEL
STUDIENREISEN

40 Jahre Reisen in den Schulferien

Geburtstagskatalog bitte anfordern!

www.koegelreisen.de

Hartmannstraße 30
12207 Berlin

Tel.: (030) 771 30 10
e-Mail: reisen@koegelreisen.de

HOF LUST

Klassenfahrt und Gruppenfahrten auf dem Reiterhof / Bauernhof

- ☑ Große Spielwiese mit Lagerfeuerplatz
- ☑ Fußball, Basketball und Tischtennis
- ☑ Billard
- ☑ Scheune zum Toben (Heuübernachtung)
- ☑ Reiterhalle, Ausritte
- ☑ Sauna
- ☑ Nachtwanderung
- ☑ Viele andere Tiere
- ☑ Nur eine Klasse zur Zeit, ab 20 bis 34 Schüler
- ☑ Anzeigen der Menschenrechte
- ☑ Preise: Mo. - Fr. 148 € inkl. VP, Reitunterricht, Ausritt
- ☑ Auch als Selbstversorgerhaus möglich.

Lehrer/Gruppenleiter können gerne vorab eine DVD anfordern

Hof Lust • 29553 Bienenbüttel • Tel 058 23 73 67 • www.hoflust.de

Ihre Farbanzeige in der *blz*

Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 125,28 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«. Tel. 030 - 21 99 93 46 oder blz@gew-berlin.de

Locke-Service-Büro

Ostgalizien Radwanderung	ab 850 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 890 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1360 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1709 EUR

Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

Rom

Kultur pur zu top Konditonen
5 Tage Flugreise ab 169 €

CTS
Gruppen- und Studienreisen GmbH

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-27 | www.cts-reisen.de

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

KLINIK NIKOLASSEE
www.klinik-nikolassee.de
Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- posttraumatische Belastungsstörung
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!
Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ **030 / 803 09 10**
Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

10. MÄRZ	17.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 34
	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
11. MÄRZ	17.00 Uhr	**AG Frieden**	Raum 47
	19.00 Uhr	**AG Bildungspolitik**	Raum 34
16. MÄRZ	17.00 Uhr	**FG Sozpäd. Aus-, Fort-, Weiterbildung**	Raum 34
17. MÄRZ	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**LA Multikulturelle Angelegenheiten**	Raum 34
18. MÄRZ	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
19. MÄRZ	16.00 Uhr	**AG Ausländische Lehrkräfte**	Raum 31
	18.00 Uhr	**Kita AG**	Raum 31
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 32
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 33
24. MÄRZ	16.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 34
25. MÄRZ	10.00 Uhr	**Seniorenausschuss**	Raum 33
	13.00 Uhr	**AG Rente**	Raum 34
26. MÄRZ	15.00 Uhr	**Junge Alte**	Raum 34
	16.00 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**	Raum 47
	19.00 Uhr	**AG Ambulante Hilfen**	Raum 34
30. MÄRZ	15.00 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
01. APRIL	19.00 Uhr	**Abteilung Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 33
02. APRIL	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 31
06. APRIL	19.30 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34

BILD DES MONATS

GEMEINSAMES LERNEN IN DER SCHULE –NEUE ERKENNTNISSE, NEUES BEWUSSTSEIN, NEUE WEGE

Veranstaltet vom Runden Tisch Gemeinschaftsschule Berlin in Kooperation mit den Fraktionen der SPD und der Linken findet das Forum Gemeinschaftsschule statt am **Mittwoch, 11. März 2009 um 18 Uhr** im Abgeordnetenhaus von Berlin, Saal 376, Niederkirchnerstr. 5. Mit Prof. Dr. Susanne Thurn (Laborschule Universität Bielefeld), Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner (eingeladen), Robert Giese (Fritz-Karsen-Gemeinschaftsschule Neukölln), Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz (Erziehungswissenschaftler Berlin), Dr. Felicitas Tesch (Bildungspolitische Sprecherin SPD-Fraktion), Steffen Zillich (Bildungspolitischer Sprecher Linksfraktion)

AG JUGENDLITERATUR

26. März 16.30 um Uhr Thema: Nominierungsliste des Deutschen Jugendliteraturpreises
30. April um 16.30 Uhr Thema: Fantasy-Bücher
Die Sitzungen der AG Jugendliteratur und Medien finden jetzt immer im GEW-Haus in der Ahornstraße, Raum 47 statt. Interessierte LeserInnen sind immer herzlich willkommen.

DIE MÜTTER DES GRUNDGESETZES

GEW und Frauenvertreterin Reinickendorf laden ein zur Lesung und Diskussion mit Claudia von Gélieu zum Thema »Die Mütter des Grundgesetzes« am **31. März um 18 Uhr** im Interkulturellen Mädchentreff Albatros, Auguste-Viktoria-Allee 17, 13403 Berlin. Mit Unterrichtstipps, Getränken und einem Imbiss.

RADTOUR IM MAI

Die nächste Radtour der GEW findet am **9. Mai** statt.
Ziel ist das Baruther Urstromtal. An- und Abreise erfolgt mit der Bahn. Die Strecke beträgt rund 45 km. Anmeldungen über umtriebe@web.de oder info@gew-berlin.de

ABTEILUNGSVERSAMMLUNG KINDER-, JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

- Vortrag zur aktuellen Tarifsituation
- Wahl weiterer Delegierter für die Landesdelegiertenversammlung (LDV) Der Abteilungsvorstand freut sich auf euer zahlreiches Erscheinen am **Dienstag, 12. Mai 2009 um 19 Uhr** in den Räumen 31/32 im GEW-Haus.